

Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Boomtown Leipzig?

Vielleicht für Jürgen Schneider oder Matthias von Hermani. Stadtverordnete sahen Leipzig anders. Sie setzten nicht auf Glück, sondern auf Geschlossenheit. **Seite 5**

■ Auf Neringas Spuren

Ein naturkundlicher Streifzug durch die Kurische Nehrung zwischen Sand, Himmel, Elchen und beinahe einer Fata Morgana **Seite 8**

■ Blomstedts letzte Leipziger Saison

Die Konzertsaison 2004/05, die letzte des Gewandhauskapellmeisters, begann großartig. Höhepunkte auch bei kammermusikalischen und solistischen Konzerten. **Seite 10**

21

2004

12. Jahrgang

15. Oktober

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

SCHUTZENGELE?



Die Ärmsten lösen nicht jedes Geldproblem

Die mit Abstand reichsten Deutschen, die Aldi-Gründer Karl und Theo Albrecht, vermehrten ihr Vermögen gegenüber 2003 um 2,3 Milliarden Euro auf insgesamt 30,3 Milliarden Euro. Was heißt: Von der Masse Volk lässt sich's trefflich leben, auch wenn die immer weniger Bares im Beutel hat. Aber Brot und Margarine müssen sein. Von den 84 deutschen Milliardären können die Albrechts nicht reich geworden sein, selbst wenn die mit samt ihrem ganzen Tross bei ihnen kaufen würden.

Was legt das nahe? Dass sich die Schröder-Fischer-Regierung dieses simple Profit-Rezept wohl zu eigen gemacht hat: Von den Ärmsten nehmen! Bei so vielen kommt trotzdem etwas zusammen. Das Schlimme ist nur, dass die wenig und immer weniger Bemittelten dieser Gesellschaft auch noch die dünne Plempe trinken müssen, durch die sie von dieser „sozialdemokratisch-grünen“ Politik gezogen werden.

Bleiben wir in Leipzig als Beispiel für viele ostdeutsche (und gewiss auch eine wachsende Zahl westdeutscher) Kommunen, wo die Folgen dieser im Nachkriegsdeutschland noch nicht dagewesenen Umverteilung von unten nach oben immer krassere Blüten treiben. Der Haushaltsentwurf für 2005 sieht – weil bisher 120 Millionen Euro fehlen – so gut wie keine Mittel mehr für Investitionen vor. Was allein schon die teuflische Spirale von Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit antreibt. Dazu gibt es eine Reihe beinahe unerträglicher Kürzungen, um das Defizit abzubauen. Die Rekonstruktion des Grassimuseums wird zeitlich gestreckt, der Eintritt im neuen Bildermuseum soll doppelt soviel kosten wie geplant, die Bibliotheken verkürzen ihre Öffnungszeiten nochmals, das Fundbüro Seeburgstraße hat nur noch einmal wöchentlich auf, es gibt keine städtische Schwangerschaftskonfliktberatung mehr (die gesetzlich vorgeschrieben ist), Zuschüsse an Verbände und Vereine werden gekürzt (auch die Sport-AG stehen damit in der einstigen Olympiabewerberstadt vor dem Aus, im Restaurant der Herzens wird es kalt ...), Dienstleistungen im Rathaus werden eingeschränkt, das Bürgeramt Stuttgarter Allee schließt, Rathaus-Personal wird abgebaut. Die Stadtgärtnerei wird geschlossen, Standards für die Bepflanzung werden stark verringert. Der Zoo erhält zehn Prozent weniger Zuschüsse, die Investitionszuschüsse für alle Kulturbetriebe werden halbiert ... Und so weiter und sofort.

Die Aldi-Strategie geht für die Gesellschaft nicht auf. Würden dagegen die 100 reichsten Deutschen nur Peanuts an Vermögenssteuer zahlen, wären all die fehlenden Milliarden da, um das Leben in Städten und Gemeinden anzukurbeln und wieder Geld in die Kassen zu spülen. Wirtschafts- und Sozialpolitik kämen in die Waage. • WART

Siehe auch Seiten 2 und 3

„Darüber hinaus darf ich Ihr Augenmerk vielleicht darauf richten, dass die Stadt Leipzig die Demonstration der Rechtsradikalen selbst genehmigt hatte; sie hatte lediglich eine andere Streckenführung vorschreiben wollen. Diese Auflage hatte vor dem Oberverwaltungsgericht keinen Bestand. Ihre dramatische Warnung, durch diese Entscheidung des Gerichts würden

Demokratie und Rechtsstaat gefährdet, kann ich nicht nachvollziehen.“

Aus der Antwort des sächsischen JUSTIZMINISTERS DR. THOMAS DE MAIZIÈRE auf ein Protestschreiben von PFARRER CHRISTIAN WOLFF, ROLAND WEISE UND STEFAN HÜNEBURG anlässlich des genehmigten Naziaufmarsches vom 3. Oktober in Leipzig

Das Misserfolgs-Gespinn

Jeder, der heiratet, ist wie der Doge, der sich mit dem Adriatischen Meer vermählt – er weiß nicht, was drin ist, was er heiratet: Schätze, Perlen, Ungetüme, unbekannte Stürme. (Heinrich Heine)

Die Sachsen-SPD weiß wohl, was „drin“ ist in der CDU. Da Schätze und Perlen knapp sind (dafür versiegende Fördertöpfe, Drohung mit Haushaltssperre) wird sie vor allem mit Ungetümen und Stürmen rechnen müssen. Wie sie damit zurechtkommen wird, wie sie beim Wechsel von der angriffslustigen Opposition à la Karl Nolle in die Regierungs- und damit Kompromisspolitik einigermaßen ihr Gesicht wahren kann, ist die Frage. Es ist nicht schwer vorauszusagen, dass sich Jurk in vielem wird Milbradt beugen müssen – so wie sich die Bundes-SPD schon vor einer Koalition längst der CDU angepasst hat. Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist nur möglich, wenn sich die Frau unterordnet, sagt der römische Dichter Martial. Ähnlich sarkastisch wird die Sachsen-CDU an ihre Partnerschaft mit der SPD herangehen.

Bei der Betrachtung dieser Konstellation darf aber eines nicht vergessen werden: Es handelt sich hier um die beiden Parteien, die bei der jüngsten Landtagswahl am meisten einbüßten – die SPD einem längerem Trend folgend und die CDU infolge jüngst gereifter Erkenntnisse beim Wähler. Kann eine solche Verlierer-Koalition lange Bestand haben? Auf alle Fälle ist sie empfänglich für Druck von außen, und den braucht sie.

Es bleibt abzuwarten, wie die Koalitionsgespräche ausgehen und wie die künftige sächsische Regierung in die neue Legislaturperiode startet. Aber nach Lage der Dinge muss man wohl sagen: Wenn es gut beginnt, wird es schlecht enden. Wenn es schlecht beginnt, wird es furchtbar enden.

• GÜNTER LIPPOLD

Arbeiter, rettet das Kapital!

Noch sind sie in der Union umstritten: die Pläne zu Veränderungen im Arbeitsrecht. Aber die Differenzen betreffen offenbar nur Fragen aus der zweiten Reihe: Wie weit soll man gehen, wo muss man zum Schaden der Union mit größerem Widerstand rechnen? Die Grundrichtung ist bereits seit langem an Forderungen aus dem Unternehmerlager und an neuen Einzelregelungen gut erkennbar: Verlängerung der Arbeitszeit, Reduzierung des Kündigungsschutzes. Es ist aber nicht erklärbar, wieso Maßnahmen der einen wie der anderen Art dazu beitragen könnten, Überproduktion, Arbeitslosigkeit und die gesamte wirtschaftliche Stagnation wirksam zu bekämpfen. Erklärbar wäre es nur unter der Voraussetzung, dass es auf diesem Wege gelingt, die den Arbeiter und Angestellten größere Lasten aufzubürden und sie zur Reduzierung ihrer Ansprüche zu veranlassen.

Hartz IV reicht dem Kapital nicht aus, um sich auch in Krisenzeiten zu sanieren, werden doch hier nur die Langzeitarbeitslosen geschöpft. Es geht um eine Neuordnung in der gesamten Arbeitswelt, um einen Generalangriff auf Arbeitnehmerrechte. Die Gewerkschaften, scheint es, sind darauf noch nicht recht vorbereitet, wenn sie – wie die IG Metall bei VW oder Ver.di bei Karstadt mit Verzichtsangeboten – einst erkämpfte Arbeitsbedingungen und Rechte aus freien Stücken preisgeben.

• KURT RECHT

Fiasko und Schweigen

Alle schweigen sich weitgehend aus: die sonst so redseligen Herren Hundt und Rogowski ebenso wie Minister Clement und die Arbeitsagenturchefs. Die Berichte am Ende des Berufsberatungsjahres sind trist und zurückhaltend. Im Bereich Leipzig zum Beispiel ist ungeachtet bescheidener Erfolgsmeldungen aus IHK und Handwerk unterm Strich das Resultat mit nahezu 700 Schulabgängern, denen per 30. September weder ein betrieblicher noch ein außerbetrieblicher Ausbildungsplatz vermittelt werden konnte, noch schlechter als im Vorjahr. Zaghafte Verweise auf die Monate bis Jahresende können nicht die Blößen bedecken oder Hoffnungen wecken. Dabei hatte die letzte Phase des Beratungsjahres mit einem Fanfarensignal begonnen: Ausbildungspakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft. Was viele schon vermuteten, ist jetzt offenbar: dass der Pakt nur eine Flucht nach vorn war, eine Flucht vor der drohenden Ausbildungsabgabe. Die Paktierenden wussten von vornherein, wie das Ergebnis aussehen würde, und deshalb schweigen sie sich jetzt aus.

• G. L.

Und die Nazis standen still

... weil Leipziger es wollten



Jung und Alt wussten: Wir sind viele, wir sind stark. Und so harnten sie entspannt der Nazis, die da kommen wollten – und die gegen die demokratische Übermacht keine Chance hatten. Fotos: D. Merbitz

Der Hamburger Neonazi Worch wollte am sogenannten Tag der Deutschen Einheit in Leipzig mit seinem Haufen mitten ins „Zentrum der Andersdenkenden“ marschieren, nach Leipzig Connowitz, wo bekanntlich die linke und linksautonome Szene ihr hart erkämpftes nazifreies Revier hat. Dass der Weg dorthin pikanterweise über die Karl-Liebknecht-Straße (die einmal Adolf-Hitler-Straße hieß), dass er vorbei an dem am 2. Mai 1933 von Nazis gestürzten Gewerkschaftshaus führte (in Berlin genügten solche Zusammenhänge für ein Verbot!), war eine

Provokation, die sich das antifaschistische Leipzig nicht gefallen lassen konnte. Ein breites Bündnis von Parteien, Gewerkschaften, Künstlern, Initiativen und Vereinen konnte Tausende Bürger mobilisieren, den Nazis die Straßen zu versperren.

Das Oberlandesgericht hatte Worchs Anliegen, auf diese Weise den Sieg des Einzugs der NPD ins Sächsische Parlament zu feiern, nicht so tragisch angesehen und keine Verbotsgründe ausmachen können. Wie gehabt. Wobei den Richtern nicht schlechthin zu unterstellen ist, sie seien auf dem rechten Auge total blind. Ein bisschen unter den geschlossenen Lidern hindurch haben sie schon auf die offizielle Politik geschickt. Die hat schließlich seit der Gründung der Bundesrepublik aus wohl-durchdachten Gründen stets darauf verzichtet, rechtsextremistische, neofaschistische Gefahr wenigstens durch klare Verfassungsgebote abzuwehren.

Und nun die Nazis also wieder in Leipzig, wenn auch bloß etwa 120 Stück.

Mindestens vier Dinge gibt es nachzutragen:

1. Waren es angesichts der halben Million Leipziger Einwohner auch nur wenige Tausend, die sich dem neuen Überfall Worchs direkt entgegenstellten, so war deren Stimmung dennoch prächtig. Es wuchs ganz einfach Optimismus und Zuversicht, sich der braunen Invasion erwehren zu können. Stunde um Stunde verging und die Nazis bewegten sich keinen Schritt. Brav verdeckten sie nach polizeilicher Anweisung ihre dummen Tätowierungen und Jacken-Aufdrucke mit Klebstreifen. Ebenso kleinlaut packten sie beanstandete Transparente ein, während die immer lauter werdenden Antifa-Sprechchöre wohl doch nicht ganz an ihnen abprallten.

2. Gegen Abend hatten dann die Polizeichefs offenbar Mitleid. Worch wurden Busse für den reibungslosen Abtransport seines irritierten Häufchens vom Treffpunkt Wilhelm-Leuschner-Platz

Richtung Bahnhof angeboten. Worch lehnte großkotzig ab, um kurz darauf ins Auto zu steigen und abzudüsen, seine Mitläufer, die ihre Schuldigkeit getan hatten, hilflos zurücklassend.

Soviel zur „Volksgemeinschaft“. Daran sollten all jene denken, die er im Mai nächsten Jahres schon wieder braucht – und viele weitere Male. Denn Worch (und wer auch immer ihn finanziert) hat Aufmärsche bis 2014(!) angemeldet.

3. Derweil feierte Leipzigs Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee, SPD, mit den „wahren Demokraten“ der Stadt ein bierseliges Einheitsfest,

auf dem er selbstredend auch ein paar angemessene Worte gegen den Naziaufmarsch (für den die Stadt kein Verbot beantragt hatte!) und gegen die neue NPD-Fraktion in Dresden fand. Die Bürger nickten heftig dazu. Doch warum hat er die ganze feiernde Gesellschaft nicht aufgerufen, stante pede loszumarschieren, um den Nazis Gesicht zu zeigen? Ja, warum. In Leipzig haben am 19. September ja „bloß“ 5,9 Prozent NPD gewählt. Was für ein Ruhekitzen!

Die Leipziger Volkszeitung von Springers Gnaden veröffentlichte

am nächsten Morgen pflichtbewusst auf Seite 1 ein Foto mit brennenden Barrikaden. Das erweckte den gewollten Eindruck: Nazigeegner sind kruz-gefährliche Chaoten! Wenn auch auf den Innenseiten diese Aussage so nicht aufrecht zu erhalten war und durchaus sachliche Stimmen zu Wort kamen. Allerdings, warum wurde dieser Mensch zitiert, der meinte, die Linken sollten für die Zerstörungen, die angerichtet wurden, zahlen (nicht die Nazis!). Nennt man das Objektivität bei diesem Blatt?

4. Was die von besoffenen Zugereisten und anderen, in jeder Stadt aufzutreibenden Krawallmachern errichteten Barrikaden betrifft, so entstanden sie hinter den Antifaschisten und kaum in Konfrontation mit den Braunen. Wenn schon die jeweils nahebei an den Seitenstraßen postierten Polizisten nichts bemerken durften – der Hubschrauber, der unentwegt über den problematischen Straßen kreiste, konnte die entstehenden Sperren kaum übersehen. Warum griff die martialisch gerüstete Polizeitruppe erst ein, und das richtig gemeingefährlich brutal, als die Barrikaden bereits brannten? Offenbar schon eine rhetorische Frage. Frühzeitiges und deeskalierend wirkendes Abdrängen der tatsächlichen Chaoten wäre kaum fotogen und für Aufmachungsfotos ungeeignet gewesen.

• MAXI WARTELSTEINER



... und ein bisschen auch die Polizei ...

Neonazis in Sachsen – längst nicht mehr nur „ante portas“

Wer ebnete den Weg ins Parlament?

Am Beginn der neuen Wahlperiode ist Sachsen mit einem in dieser Form neuen Problem konfrontiert. Die rechtsradikale, nationalistische, ausländerfeindliche NPD ist nicht mehr nur „vor den Toren“, sie hat das Portal des Landtags durchschritten. Wer politisch nicht blind ist, hat seit langem den Vormarsch der Rechtsextremisten in Sachsen besorgt wahrgenommen. Jetzt hat er eine neue Stufe erreicht. Einige Tatsachen sollen verdeutlichen, dass auch der CDU-dominierte Freistaat Sachsen und nicht wenige in der Öffentlichkeit wirkende Kräfte einen erheblichen Anteil daran haben.

• Wo bleibt das überzeugende antifaschistische Auftreten des Freistaates und seiner Politiker?

Die sächsische Regierung – wie auch manche Kommunalpolitiker – beschränken sich in ihrem Verhältnis zum Rechtsradikalismus und seinen Parteien weitgehend auf Beobachtung und Abwarten. Gewährenlassen, Verharmlosen und Unterdens-Teppich-Kehren gehören zu ihrer ignoranten Taktik von Anfang an. Immerhin traten bereits in der Zeit der „Wende“ die ersten NPD-Flugblätter auf, und die neonazistische Bewegung dehnte sich von Jahr zu Jahr mit ihrer aggressiven Propaganda zahlreichen kriminellen Aktivitäten weiter aus. Ein Höhepunkt war, dass Wurzeln im Muldentalkreis zur

ersten „national befreiten Zone“ erklärt wurde. 1999 zog die NPD mit einem Abgeordneten dort in den Stadtrat ein, heute sind es drei – in Sachsen insgesamt waren es bei den diesjährigen Kommunalwahlen 52 Rechtsextreme, und die Landtagswahl brachte der NPD bekanntlich 12 Mandate, fast so viel wie der SPD. Ein offensives Entgegenreten und ein klares politisches Konzept dafür fehlten damals wie heute. Stattdessen werden bei-

Worch nach Verhinderung des Nazi-Aufmarsches am 3. Oktober in Leipzig: „Für mich sieht es so aus, als ob die Antifaschisten hier regieren und nicht die Stadt.“

Er sieht die Vertreter der Stadt also nicht grundsätzlich als Antifaschisten!

spielsweise an den Sachsentagen den Neonazis exponierte Standorte eingeräumt. Weiterhin stellt sich die Frage: Wie positionieren sich die führenden Repräsentanten Sachsens – Minister, Abgeordnete, Beamte, Kommunalpolitiker, Parteienvertreter – gegen den Rechtsextremismus durch ihr ständiges persönliches Engagement? Man sieht sie – ausgenommen fast nur Vertreter der PDS – kaum bei Demonstrationen gegen Rechtsaußen, liest und hört von ihnen kaum etwas an antinazistischen Bekenntnissen und Polemiken in den Medien. Stattdessen kultivieren sie als Ablenkung den absurden Gedanken der Gleichsetzung von NPD

und PDS als Extremisten, womit sie die PDS diskreditieren, zugleich aber die NPD hoffähig machen.

• Befähigen Schule und Jugendarbeit junge Leute zu offensiver Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie?

Die Tatsache, dass die Nazis gerade bei Jüngeren Gehör finden und sie von den Jungwählern den größten Zulauf bekommen, lässt starke Zweifel daran aufkommen, dass die Schule und die durch finanzielle Restriktionen schon weitgehend dezimierte Jugendarbeit – ihrer humanistischen Erziehungspflicht ausreichend nachkommen. In der Tat werden ungeachtet vieler verdienstvoller gesellschaftlicher Initiativen erhebliche Defizite sichtbar. Offensichtlich bleiben die Erklärungen zum Nationalsozialismus weitgehend bei Erscheinungsformen stehen und reichen nicht bis an die sozialökonomischen Wurzeln.

• Wie engagieren sich die Medien?

Immer wieder stellen sich Rundfunk und Zeitungen scheinbar über die widerstrebenden Parteien, wobei meist die linken, antifaschistischen Demonstranten als militant, die Nazis aber als disziplinierte Marschierer dargestellt werden. Der politische Gehalt der Losungen und Reden ist kaum Gegenstand der Berichterstattung, sondern fast ausschließlich die äußeren Vorgänge auf den Straßen. Die LVZ beispielsweise bietet keinerlei antifaschistische Aufklärung, sie hinterfragt nicht die Naziparolen, vermittelt auch

keine geeigneten geschichtlichen Erfahrungen. Wenn die Wahlkampfberichtserstattung und -kommentierung der LVZ weitgehend gegen die PDS, nicht aber gegen die NPD-Demagogie gerichtet war, entspricht das einem verbreiteten Grundtenor der Medien.

• Nutzen Polizei und Justiz vollständig ihre Möglichkeiten zur Zurückdrängung des Rechtsextremismus?

Führende Politiker und Beamte Sachsens sowie Vertreter der Justizbehörden beklagen immer wieder, ihnen seien bei der Zurückdrängung des Rechtsextremismus durch die geltenden Rechtsvorschriften enge Grenzen gesetzt, die Meinungsfreiheit dürfe nicht eingeengt werden. In der Tat wird ein konsequentes Handeln gegen rechtsextremistisches Auftreten bereits durch fehlende klare Verfassungsgedote erschwert. Dennoch werden gegebene Spielräume nicht genutzt. Auf breitetes Unverständnis stießen zum Beispiel die überaus milden Urteile in den Prozessen gegen Mitglieder der „Skinheads Sächsische Schweiz“. Mit juristischen Verrenkungen, wie sie das untenstehende Beispiel („Keine Volksverhetzung“...) veranschaulicht, werden nazistische Aktivitäten juristisch abgesegnet. So erschöpft sich das Wirken von Polizei und Justiz neben der Verfolgung offensichtlicher Gewalttaten in der Regel auf formelle Auflagen bei rechtsextremistischen Demonstrationen und anderen Formen öffentlichen Auftretens. • G. L.

Nach der Montagsdemo vom 6. September erstattete Dr. Volker Külöw bei der Polizeidirektion Leipzig, Kommissariat Staatsschutz, Strafanzeige gegen Teilnehmer, die dort ein Plakat mit der Aufschrift „PDS aus der Demo. Fangt eure Ratten wo anders“ zeigten. Auch eine Woche darauf wurde dieses Plakat wieder gezeigt, außerdem ein Transparent mit der Aufschrift: „Montagsdemo nicht für Mauermörder“. Hier auszugswise die Antwort von Staatsanwältin Herdrich:

Das Verfahren war einzustellen, da sich beide Plakate als zulässige politische Meinungsäußerung darstellen. Ein Straftatverdacht besteht nicht. Die Verwendung der Metapher von Rattenfängern ist als solche nicht beleidigend. Eine kriti-

„Keine Volksverhetzung“ – Was muss noch geschehen?

sche und provokative Äußerung ist nicht stets beleidigend, sondern nur dann, wenn den von einer Äußerung Betroffenen der elementare Menschenwert oder der ethische oder soziale menschliche Wert ganz oder teilweise abgesprochen und dadurch der grundsätzlich uneingeschränkte Achtungsanspruch verletzt wird. Dies ist hier nicht der Fall, da lediglich eine ablehnende Einstellung gegen die Teilnahme an einer bestimmten Veranstaltung zum Ausdruck gebracht wird und sich die Ablehnung auf eine bestimmte politische Gesinnung be-

zieht. Das verwendete Bild des Rattenfängers und die Bezeichnung „Mauermörder“ ist auch nicht aufgrund der gewählten Ausdrucksweise beleidigend. Der Bezeichnung als „Mauermörder“ auf dem Transparent ist im Übrigen nicht eindeutig zu entnehmen, auf welchen Personenkreis sich diese konkret bezieht. Es handelt sich bei den Aufschriften bei beiden Plakaten erkennbar um Meinungsäußerungen, denen Wertungen zugrunde liegen, nicht um konkrete Tatsachenbehauptungen. Der Straftatbestand der Verleumdung scheidet daher

aus. Durch die Äußerung einer ablehnenden Meinung wird auch nicht das Ansehen der PDS geschädigt. Dies könnte nur durch das Bekanntwerden oder Behaupten von Tatsachen der Fall sein. Auch die Gleichstellung von Menschen und Ratten in Form eines Gleichnisses ist als solche nicht beleidigend. Im Übrigen wäre der Anzeigerstatter insofern auch nicht Verletzter eines möglichen Beleidigungsdelikts, da sich die Bezeichnung „Ratten“ erkennbar nicht auf die PDS-Mitglieder bezieht. Der Straftatbestand der Volksverhetzung nach § 130 Abs. 1 StGB wird durch die Verwendung der beiden Plakate nicht verwirklicht, da es bereits an einem tatbestandsmäßigen Verhalten im Sinne dieser Vorschrift fehlt. ...

SO SEHE ICH DAS

Wenn es um den Aufstieg der NPD geht, dessen jüngsten Höhepunkt Sachsen gerade erlebte, ist daran zu erinnern, dass Hitler mit seiner rechtsradikalen und terroristischen Bewegung, obwohl durchaus putscherfahren und putschbereit, nicht durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen ist, sondern gestützt auf die großen Konzerne und auf viele orientierungslose, vor allem junge und von der Wirtschaftskrise gebeutelte Menschen. Sie verhalfen ihm zu starken Fraktionen im Reichstag und in Länderparlamenten.



Gestützt auch auf die Justiz, die sich unter Berufung auf Demokratie und Recht scheute, die Antidemokraten und Rechtsverächter in die Schranken zu weisen. Gestützt auch auf die Arglosigkeit großer Teile der geistig weithin deformierten Gesellschaft.

Den Nährboden entziehen

Die historische Parallele ist schon so erschreckend, dass man bei der drohenden weiteren Verschärfung der sozialen Spannungen das Schlimmste befürchten muss. Und deshalb ist auch im Kampf um die Überwindung die faschistische Gefahr das erste Gebot, darauf hinzuwirken, dass die Gesellschaft nicht länger durch antisoziale Schritte von Politik und Großkapital drangsaliiert wird. Das Kapital und seine regierenden Sachwalter sind zur Aufgabe ihres auf Profit bedach-

ten, menschenverachtenden Kurses zu zwingen. Nur wenn es gelingt, in Sachsen und ganz Deutschland eine Politikwende herbeizuführen, kann die neonazistische Gefahr auf Dauer gebannt werden, kann ihr der Nährboden entzogen werden. Nur auf dieser Grundlage wer-

den der öffentliche Protest, die geistige Auseinandersetzung sowie polizeiliche wie juristische Maßnahmen letztlich Erfolg haben.

Entlarvung der demagogischen Losungen, hinter denen weder eine reale Einschätzung der Lage noch fassbare Zukunftsvorstellungen stehen, heißt vor allem, die jungen Menschen nicht nur mit Erscheinungsformen des Faschismus in Deutschland vertraut zu machen, sondern seine Wurzeln bloßzulegen. Weder

die Schule noch die Mehrzahl der Medien haben dazu überzeugende Beiträge erbracht. Ebensowenig wird der Staat als Ordnungsmacht seiner Verantwortung gerecht, wenn er die Gefahren nur beobachtet und nicht auch mit all seinen Mitteln das Volk wirksam schützt.

Gegenwärtig besteht zwar verbal eine partielle Einigkeit der demokratischen Parteien in Sachsen hinsichtlich der Ablehnung des Rechtsradikalismus und seiner Exponenten, aber das bisherige Handeln der Regierung, der CDU und der Justiz, lässt an der Stabilität und Zuverlässigkeit dieser Übereinstimmung zweifeln. Die Zukunft wird zeigen, wie belastbar und konsequent sie sind.

Der Kampf um die Wahrung der sozialen Rechte und der Kampf gegen den Rechtsradikalismus – gleich in welcher Gestalt – ist ein und derselbe Kampf.

• GÜNTER LIPPOLD

Triff es Leipzig, trifft es Leipzig nicht, trifft es ... ? Auf jeden Fall trifft es wieder die Kleinen, wenn die Schickedanz-Milliardärs-Clique ihren Maximalprofit gefährdet sieht. Die Krise des Karstadt-Quelle-Konzerns wird rund 20 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz kosten oder mindestens drastische Einkommenskürzungen nach sich ziehen.

Ausverkauf bei Karstadt

Zunächst fällt wieder einmal auf, wie ungleich die wirtschaftlichen Risiken hierzulande verteilt sind. Das Karstadt-Management hat nach eigenem Eingeständnis gewaltige Fehler gemacht und trotzdem werden die Verursacher dieser Krise mit Abfindungen von mehreren Millionen in ihre Luxusvillen entlassen, während Tausende von Beschäftigten diese Fehler mit Arbeitsplatz oder Einkommen bezahlen müssen. Mit Hartz IV werden viele von ihnen nach zwölf Monaten Arbeitslosengeld auf dem Sozialhilfeniveau landen und für Stundenlöhne von einem Euro städtische Anlagen oder gebrechliche Alte pflegen müssen. Auch die Aktionäre können aufatmen, weil die Meldung vom Karstadt-Ausverkauf dem Aktienkurs neuen Lebensgeist einhauchte.

Welch ein Widersinn: Ein Konzern vernichtet Arbeitsplätze wie Standorte, wird also einen erheblichen Teil seines investierten Kapitals verlieren und die Aktionäre verbuchen einen Wertzuwachs.

Während die Besitzenden aus den Verlusten Gewinne machen, zahlen die Besitzlosen die Zeche. Es greift jedoch zu kurz, wenn man nur das betriebswirtschaftliche Desaster und seine Folgen für die Beschäftigten in den Blick nimmt. Karstadt ist ein exemplarischer Fall für den Niedergang unserer Volkswirtschaft. Hier werden nicht nur Investitionen und Arbeitsplätze vernichtet, sondern das alles geschieht, weil ihm unzählige Vernichtungen dieser Art vorausgegangen sind. Die letzte Ursache der Karstadt-Krise ist die permanente Vernichtung von Arbeitsplätzen und der unaufhaltsame Sinkflug der Arbeitseinkommen. Karstadt hat es getroffen, weil gravierende Managementfehler gemacht wurden. Wären sie unterblieben, hätte es andere getroffen.

Auch das Sanierungskonzept ist nichts anderes als ein Spiegel dieses Nachfrageproblems. Das zeigt insbesondere die Krise des Versandhandels, der nicht am Internetshopping leidet, sondern an der schlichten Tatsache, dass im betreffenden Kundensortiment das Geld knapp wird. Folglich konzentriert sich der Konzern nun aufs bessere Publikum mit gehobenem Konsumniveau und macht den Erhalt von Standorten unter anderem davon abhängig, dass die Einkommen im Einzugsbereich mindestens sieben Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegen. Das ist nur logisch, denn wenn man hierzulande die soziale Spaltung vertieft, wofür wiederum die Logik der Karstadtsanierung exemplarisch ist, dann muss man auch die Spaltung des Konsummarktes vertiefen. Für die einen das KaDeWe, für die anderen Rudi's Restetruhe. Die Frage, wo die politischen Verursacher dieser Abwärtsspirale einkaufen, beantwortet sich von selbst. • HARALD WERNER

Alle Achtung!

Thierse ruft auf, sich „bitteren Veränderungen“ zu stellen

LN. Zum 15. Jahrestag der Demonstration vom 9. Oktober 1989 in Leipzig forderte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) am Samstag die Ostdeutschen mit Blick auf die friedliche Wende auf, sich an ihren damaligen Mut zur Veränderung zu erinnern und wie im Herbst 1989 auch heute „mitzutun“ und die Bundesrepublik aktiv zum Besseren zu verändern. Aus der Erinnerung an die friedliche Revolution erwachse die Kraft, sich neuen Aufgaben und bitteren Veränderungen zu stellen.

Thierse sagte in einer Rede, die Ostdeutschen hätten sich in der Revolution ein Kapital an Mut, Risikobereitschaft und Aufbruchgeist erkämpft. Dazu kämen die Erfahrungen mit Reformen und Veränderungen seither. „Von unserer Transformationserfahrung können Reformunwillige in West und Ost durchaus lernen“, betonte er. Thierse räumte ein, dass die Vorstellung, das westdeutsche Wirtschaftswunder im Osten wiederholen zu können, eine Illusion gewesen sei. Man habe übersehen, dass die Ordnung, in die sich Ostdeutschland hineintransformierte, selbst in höchstem Maße reformbedürftig war. „Die Reformunwilligkeit des Westens damals war geradezu überwältigend“, erinnerte Thierse. Es trage zur schlechten Laune zwischen Ost und

Was unsere Politiker so alles wissen (oder nicht mehr wissen wollen)

Chemiker, bleib bei deinen Säuren und Basen!

In einem Interview für die Freie Presse unter dem Titel „Das ist der Tonfall, den ich kenne“ (23. 9. 04), rät Prof. Cornelius Weiss, Alterspräsident des Sächsischen Landtages, zu einem harten, aber sachlichen Umgang mit der neuen Fraktion der NPD. Doch dann weiß der Chemiker und Nach-Wende-Uni-Rektor (bis 1997) etwas ganz Wichtiges. Auf die Frage, ob das NPD-Ergebnis die etablierten Parteien auf dem falschen Fuß erwischt habe und sich das auch in Wissensdefiziten widerspiegeln, muss der Mann einen totalen Gedächtnisverlust gehabt haben. Hat er zudem seine Bücherregale entsorgt,



West bei, dass die Bereitschaft sehr selten sei, sich zu solchen Fehleinschätzungen zu bekennen.

Foto: Märker

LESER MEINEN

Hollitzer-Schleife?

Sollte man Thierse nicht fragen, was er 1989 geantwortet hätte, wenn er aufgefordert worden wäre, mehr Mut und Selbstbewusstsein bei der Erfüllung der Beschlüsse der Partei zu entwickeln?

Oder könnte man den Leipziger Ring nicht gleich in Hollitzer-Schleife umbenennen und das Museum Runde Ecke in Büro der Wende-profiteure ... Ach, ich hätte schon noch einige so schöne Ideen.

W. MORSE

die Schulstunden seiner Kinder vergessen ...?

Weiss: In der DDR gab es keine ordentliche, sachlich-historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Wir waren ja die Sieger, und die Bösen saßen im Westen. Bei uns wurde geschwiegen, obwohl hier genauso viele Nazis in hohen Ämtern vertreten waren.

Unsere Pädagogen haben sich an eine Auseinandersetzung mit dem dritten Reich nicht sensibel genug herangewagt und sind durch die zweite deutsche Diktatur vielleicht auch abgehärtet worden.

Matze,

UNSER MANN IN MÜNCHEN

Liebe Freunde, am vorletzten Montag sitze ich direkt gegenüber dem schönen Münchner Rathaus in einem kleinen Freisitz, genieße bei einem Glas Rotwein (das mich als Zua-groasten verrät, dazu aber später) die untergehende Abendsonne. Und da sehe ich auf einmal ein kleines Häuflein aufrechter Montagsdemonstranten, die mit selbst gebastelten Transparenten und lautem Megaphon gegen Hartz IV und die unsoziale Politik der Bundesregierung protestieren. Und obwohl es mit der beschaulichen Biergartenruhe vorbei ist, freue ich mich über die Störung, denn damit habe ich in der bayrischen Landeshauptstadt am allerwenigsten gerechnet. Natürlich bin ich an den nächsten Montagen dabei, dann sind wir fünfzig und (hoffentlich) zunehmend mehr Münchner und – ein Sachse, die sich unüberhörbar gegen Sozialabbau engagieren. Der Bayer selbst ist ja eher unpolitisch.

Montagsdemos – Oktoberfest – Wahlergebnisse

Zwar gehört das Granteln über die Großkopferten an bayrischen Stammtischen einfach dazu, tiefer schürfendes Nachdenken über die Zeitereignisse oder gar das Beziehen eines politischen Standpunktes sind jedoch verpönt. Selbst die bürgerliche Revolution von 1848 reduzierte sich in München seinerzeit vornehmlich auf Proteste gegen die Affäre des Bayernkönigs Ludwig I. mit der Tänzerin Lola Montez – und gegen die Erhöhung des Bierpreises. Wobei auch diese heute niemanden mehr ernsthaft davon abhält, zur geliebten Maß zu greifen. Auf dem Oktoberfest sowieso nicht, auf das mich auch meine Kollegen eingeladen haben. Meinem vorsichtigen Hinweis, dass mir eine Maß (1 Liter!) Bier schon rein physikalisch einfach zu viel Flüssigkeit ist und das Fassungsvermögen meiner „zuständigen Organe“ weit überschreitet, wird mit der Bemerkung pariert: Wird schoa. Es rettet mich

nichts, um die deutsche Einheit und die bayrisch-sächsische Freundschaft nicht zu gefährden, muss ich der Einladung wohl folgen. Jedes Münchner Unternehmen, das auf sich hält, geht mindestens einmal geschlossen auf das laut Eigenwerbung weltgrößte Volksfest, um sich hier kollektiv die Kante zu geben. In der Regel passiert das sogar während der Arbeitszeit, Maß- und Hendl-Gutschein inklusive, womit bewiesen ist, dass die Not der Unternehmer so groß nicht sein kann, mit der eine Arbeitszeitverlängerung versucht wird zu begründen. Im Gegenteil.

Wie viele Arbeitsplätze würden eigentlich entstehen, wenn jedes Unternehmen in Deutschland seine Mitarbeiter mindestens einmal im Jahr an einem Nachmittag kollektiv feiern schickt? Darüber hinaus können die Bosse so Volksnähe demonstrieren, während so mancher Kollege spätestens nach der zweiten Maß

sein proletarisches Sendungsbewusstsein ausleben kann. Beim Bier sind halt alle irgendwie vereint. Und eine schöne Ablenkung von politischer Aktivität ist es auch. Angesichts des global bedeutsamen Ereignisses Oktoberfest interessieren die Wahlergebnisse in Sachsen und Brandenburg den Münchner nur am Rande. Die Bierkrug-Razzia auf der Autobahn ist wichtiger als Landtagswahlen irgendwo im tiefen, weit entfernten Osten. Aber immerhin: Da wird auf Seite 2 der Boulevard-TZ noch undifferenziert von linken und rechten Gefahren geschrieben – während in einem anderen Artikel auf der gleichen Seite der Buchautor Prof. Hajo Funke in einem Interview der PDS bescheinigt, in den letzten Jahren einen Demokratisierungsprozess erfolgreich durchlaufen und sich mit ihrer Vergangenheit „sehr kritisch“ auseinandergesetzt zu haben, eine Gleichsetzung von PDS und rechtsextremen Parteien daher überhaupt nicht angebracht sei: „Dazu kommt: Sie war die einzige der großen Parteien im Osten, die Protest formuliert hat, während die anderen alle mit im Boot von Hartz IV saßen.“

Klingt da etwa Einsicht durch?

Das Podiumsgespräch zum Buch „Boomtown Leipzig“ auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 28. September zog viele in die Universitätsbibliothek. Der Autor, Helge-Heinz Heinker, der in Moskau studierte, bis zur Wende an der Leipziger Karl-Marx-Universität gearbeitet hat, war bis 1998 Wirtschaftsredakteur der Leipziger Volkszeitung und ist seither freischaffend.

Die übrigen im Podium mitdiskutierenden Gesprächspartner stammen zwar allesamt aus dem Westen, sind aber zu unterschiedlichen Zeitpunkten nach Leipzig gekommen und haben zwangsläufig unterschiedliche Erfahrungen. Ohne berufen zu sein, verstehen sich Wolf-Dietrich Freiherr Speck von Sternburg, Hubert Bergmann von BMW und Thomas Demmer von der Sparkasse als „Botschafter“, die jede Gelegenheit nutzen, außerhalb für Leipzig zu werben.

Heinker hat in seinem Buchtitel „Boomtown Leipzig“ kein Fragezeichen gesetzt, sondern wollte die Entwicklung auf den Prüfstand stellen. Weil in den bisherigen zahlreichen Büchern über Leipzig seit 1990 noch viel zu wenig über handelnde Personen berichtet wird, schreibt er über Akteure und die Entwicklung unserer Stadt im Rahmen der Globalisierung. Zu den Handelnden zählt er zwei Oberbürgermeister, Beigeordnete, vier Universitätsrektoren, sechs Messechefs, zwei Gewandhauskapellmeister, Handelnde in Unternehmen und Banken, Präsidenten von IHK, Handwerkskammer und Arbeitsamt, auch den MDR-Intendant, selbst Matthias von Hermani und Jürgen Schneider. Jedoch der von den Bürgern gewählte Stadtrat spielte in seinen Ausführungen zunächst keine Rolle, kommt aber gelegentlich im Buch vor.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird die Entwicklung

seit 1990 beschrieben. In der ersten Phase bis 1993 kam es zum Niedergang der Leipziger Wirtschaft – man sollte besser Abbruch sagen – aber auch zur Ansiedlung von Banken und Kreditinstituten. Kurzzeitig war Leipzig tatsächlich nach Frankfurt am Main der zweitwichtigste Finanzstandort in Deutschland. Logisch, denn das ach so privatwirtschaftlich orientierte Kapital weiß die von Treuhändern sowie von Bund, Land und Kommune ausgereichten hundertpro-

Gedanken zum Podiumsgespräch über Heinkers Buch „Boomtown Leipzig“

zentigen Kreditbürgschaften zu schätzen. Außerdem hat nach Heinkers Ansicht „1991 keiner das Geld so genau nachgezählt“. Mittlerweile sind aber viele nach Berlin und Dresden dem sicheren Geld nachgewandert. Von über 100 Bankenniederlassungen existierten 2003 noch 60 mit ca. 10 000 Beschäftigten. Denen standen ganze 10 000 Industrie-arbeitsplätze gegenüber. Banken und Dienstleistungen haben einen Anteil von 74 Prozent an der Wertschöpfung. Ab Mitte der 90er herrschte nach dem Neubau der Messe und Quelle-Großversandhaus scheinbar Ruhe. Die Entscheidung zur Porsche-Ansiedlung war eine Initialzündung (die aber nicht von ungefähr kam!).

Besondere Aufmerksamkeit widmet Heinker dem sogenannte „Kommunalen Kombinat“, den Tochterunternehmen der Stadt. Diese haben einen großen Anteil bei einer für alle erreichbaren sozialen und gesundheitlichen Betreuung, für Kultur und Stadtwirtschaft oder der Sicherung Wohnens auch für Benachteiligte! Besonders in deren Aufsichtsgremien gibt es zu gro-

ße Ämterhäufung, was auf Vertreter der Stadtverwaltung tatsächlich zutrifft, nicht aber des Stadtrates. Nach Heinkers Meinung ist dies für den außenstehenden und undurchschaubar. Sollte dem Journalisten entgangen sein, dass es jährliche gedruckte Berichte über die Städtischen Beteiligungen oder das Vergabewesen in der Stadt und ihrer Betriebe gibt? Die Privatwirtschaft hat da wahrlich größeren Nachholbedarf.

Wolf-Dietrich Freiherr Speck

lich der notwendigen Infrastruktur gebaut werden kann. Unmissverständlich dämpfte er mit seiner Bemerkung „Geld ist nicht alles“ Erwartungen, dass sich BMW finanziell stark in der Kultur engagieren kann. Aber man will verstärkt für die Stadt und wirtschaftliche Ansiedlungen werben.

Für Thomas Demmer, Generalbevollmächtigter der Sparkasse, zählt zu den Leipziger Erfahrungen, dass es ein großes Netz an Kultur- und Kindereinrich-

kann man wie bei der Fußball-WM 2006 zu den Siegern oder bei der Olympiabewerbung 2012 zu den Verlierern gehören. Bereits im März 1993 als der gewollte Abriss der Leipziger Wirtschaft schon fast beendet war und der damalige Oberbürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube Visionen von Leipzigs Zukunft als Dienstleistungs-, Banken- und Messestandort entwarf, war es die PDS-Fraktion, die bei der Einbringung des Flächennutzungs-

Glück gehabt oder eher Chancen konsequent genutzt?

von Sternburg wurde bereits kurz nach der Wende für Leipzig tätig. Seine Stiftung ermöglicht, dass zahlreiche Kunstwerke dauerhaft im Museum der Bildenden Künste gezeigt werden. Speck von Sternburg sprach als erster in der Diskussion von der

Helge-Heinz Heinker: Boomtown Leipzig. Anspruch und Wirklichkeit. Faber & Faber, Leipzig 2004. Festeinband, 287 S., 18 Euro

besonderen Verantwortung und der aktiven Mitwirkung des Stadtrates an der Entwicklung Leipzigs. Er mahnte, bei allen Problemen das Erreichte nicht klein zu reden. Auch das neue Bildermuseum wird bei allen Querelen eine Sehenswürdigkeit und wichtige Kulturstätte Leipzigs werden.

Hubert Bergmann, Leiter der Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im neuen BMW-Werk berichtete über die Entscheidung zum Leipziger Standort. Leipzig habe die beste Gewähr geboten, dass das neue Werk in kurzer Zeit einschließ-

tungen gibt, Frauen ein großes Selbstbewusstsein haben und Arbeit wichtiger Teil ihres Lebens ist.

Da die Stadtverordnetenversammlung und der Stadtrat Leipzig nie als „Boomtown“ verstanden haben, stellte ich die Frage, wer seit wann diese Charakterisierung das erste Mal verwendet hat. Heinkers Recherchen besagen, dass der STERN 1992 erstmals Leipzig so bezeichnete. Helge-Heinz Heinker zog als Fazit der gegenüber anderen ostdeutschen Städten erfolgreicheren Entwicklung in den zurückliegenden 15 Jahren „dass Leipzig einfach Glück gehabt“ habe. Bloß Glück? Als Stadtrat, der seit 1990 an vielen Entwicklungen und Entscheidungen direkt beteiligt war, merkte ich in der Diskussion mit dem Publikum an, dass sich Stadtrat und Verwaltung in all den Jahren gegenseitig angetrieben haben. Zu den „Geheimnissen“ gehört deshalb, dass alle Chancen für Leipzig konsequent genutzt werden. Bei allem scheinbaren „Größenwahn“ hat der Stadtrat, allen Behauptungen zum Trotz meist Augenmaß bewiesen. Da

planes feststellte, dass diese Entwicklungen nur ein Strohfeder sein werden, wenn es nicht gelingt, Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe zu erhalten und neue zu schaffen. Dazu gehört auch die PDS-Forderung, dass in Gewerbegebieten wie Nord-ost auch bei direkter Autobahn-anbindung unbedingt Gleisstrassen vorzusehen sind. Erste Ansiedlungen wie Deutsche Post und Speditionsunternehmen hatten darauf verzichtet. Auch einige Stadträte meinten damals, dass der Transport zukünftig ausschließlich auf der Straße liegen würde. Für die Porsche-Ansiedlung aber war die Gleisanbindung eine wichtige Bedingung und bei der BMW-Ansiedlung eine Selbstverständlichkeit.

Trotz unterschiedlicher Standpunkte bei vielen politischen Themen und harten Diskussionen im Stadtrat – bei wichtigen Entscheidungen treten alle Fraktionen sowie der Oberbürgermeister und Stadtverwaltung geschlossen auf, um keine Entwicklungschance verstreichen zu lassen. Mit Glück hat das nur wenig zu tun.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Wir erleben zurzeit – weitgehend unbemerkt von Medien und Öffentlichkeit – das Zusammenbrechen des Weiterbildungssektors: Viele Beschäftigte finden sich dadurch in prekären freiberuflichen Verhältnissen als Honorarkräfte wieder. Sehr viele sind jedoch längst Honorarkräfte und waren nie etwas anderes. Dort reingerutscht etwa durch Studentenjobs an privaten Sprachschulen und später – mangels freier fester Stellen – drin geblieben. In „Deutsch als Fremdsprache“-Hochburgen wie etwa Heidelberg gibt es DozentInnen, die sich vor Aufträgen nicht retten können. Und doch gilt auch hier: Keine Honorarfortzahlung bei Krankheit, Urlaub, Elternzeit, und private Vorsorge für Krankenkasse und Rente. Darüber hinaus: Kündigungsfristen von wenigen Minuten, häufig Abhängigkeit von einem oder zwei AuftraggeberInnen.

Ist der Markt schwierig, sinkt die Qualität der Arbeitsbedingungen, sinken die Honorare und steigen Misstrauen und Missgunst unter den KollegInnen. Vor zwei Jahren musste ich sechs Monate lang einem Honorar von wenig mehr als 200

Euro hinterher rennen: Meine plötzliche Erkrankung hatte nicht nur sofortige Vertragskündigung zur Folge gehabt, sondern auch Schadensersatzforderungen, da mein Kranksein dem Unternehmen ja geschadet hatte.

Manche DozentInnen konzipieren gemeinsam einen Kurs, aber meist kennt man sich nur aus den Pausen. Beinahe nie weiß man aber, wer alles für den gleichen Auftraggeber, das gleiche Bildungsinstitut, die gleiche Agentur arbeitet. Verträge werden einzeln zu unterschiedlichen Bedingungen geschlossen.

Ich erinnere mich jedoch an einen Einzelfall Anfang der 90er Jahre in Berlin: Da hatten wir DozentInnen gemeinsam einen Brief an die Geschäftsleitung verfasst, mehr Honorar und andere Verbesserungen gefordert und gar mit Streik gedroht. Nur Einer von etwa zehn hatte nicht unterschrieben! Immerhin resultier-

te ein Teilerfolg daraus. Es geht also. Doch selten. Meist verhindern Anonymität und Unübersichtlichkeit den Kontakt zwischen den ja auch häufig nur stundenweise anwesenden KollegInnen.

Derartig auf sich gestellt, fällt es nur wenigen ein, Kontakt zur Gewerkschaft aufzunehmen oder gar Mitglied zu werden. Klassische Gewerkschaftsarbeit scheint gar unmöglich unter Bedingungen, wo man von KollegInnen nichts weiß, DozentInnenlisten nur den Agenturen bekannt sind, für Netzwerke niemand werben und niemand Kartelle bilden kann.

Hier muss herkömmliche Gewerkschaftsarbeit weitgehend versagen. Kollektive Lösungen stoßen hier an ihre Grenzen, weshalb gesamtgesellschaftliche Ansätze vonnöten sind.

Die Gewerkschaften sollten sich gerade im Blick auf derartige prekäre Arbeits-

verhältnisse für ein Grundeinkommen stark machen. Gelingt es schon nicht, kollektiv bessere Arbeitsbedingungen für prekär Beschäftigte und Honorarkräfte zu erkämpfen, dann sollen sie wenigstens nicht gezwungen sein, jedwede Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Ein garantiertes, steuerfinanziertes Grundeinkommen – entsprechende Modelle liegen vor – von eventuell 800 Euro würde das Existenzminimum absichern und die Erpressbarkeit der DozentInnen von Agenturen und Bildungsunternehmen verringern. Die Produktivität unserer Wirtschaft gibt ein solches Grundeinkommen finanztechnisch durchaus her: Es ist – wie so oft – eine Verteilungsfrage, die sich stellt. In vielen Ländern der Welt wird ein Grundeinkommen seit Jahrzehnten diskutiert und von unterschiedlichsten Verbänden und Initiativen gefordert.

Das Referat Aus-, Fort- und Weiterbildung der GEW-Sachsen wird auf dem sächsischen Gewerkschaftstag im November daher beantragen, dass die GEW sich diese Forderung zu eigen mache.

• J. JAHN

Honorarkräfte im Bildungssektor und die Rolle der Gewerkschaften



Für ein modernes Parlament

LN. Während CDU und SPD in ihren Koalitionsgesprächen versuchen, eine der künftigen Regierung gefällige Geschäftsordnung des Landtags zu rechtzuschneiden, stellte die PDS ihre Vorschläge öffentlich zur Diskussion. „Das Parlament muss moderner, lebendiger und transparenter werden, Minderheitenrechte sind besser zu gewährleisten“, erklärte Dr. André Hahn namens seiner Fraktion. Niemand brauche einen dritten Landtagsvizepräsidenten, den sich die SPD als Versorgungsposten ausbedungen hat. Als Nebeneffekt werde das Präsidium auf 20 Mitglieder aufgebläht, damit neben dem zusätzlichen Vizepräsidenten auch der SPD-Fraktionsvorsitzende dort Platz findet. Beides lehne die PDS ab. Sie unterstütze aber eine Änderung der Geschäftsordnung, die den Grünen den Fraktionsstatus gewährt. Ausschuss-Sitzungen sollten ihrer Meinung nach in der Regel öffentlich sein. Ein Drittel des Hauses müsse das Recht haben, Dringliche Anträge auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Die PDS wolle auch, dass Initiatoren von Volksanträgen ihren Entwurf im Plenum begründen dürfen, dies gebiete die von der Verfassung bestimmte Gleichrangigkeit von Parlaments- und Volksgesetzgebung. Schließlich soll externer Sachverstand durch Enquete-Kommissionen nach dem Vorbild des Bundestages einbezogen werden.

CDU-Filz: Noch nicht alles aufgeklärt

LN. Nach 33 Ausschusssitzungen mit 24 Zeugen-Vernehmungen und umfangreichem Akten-Studium besteht für die PDS-Fraktion kein Zweifel mehr, dass die drei Millionen Mark teure Wahlkampagne „Sachsen für Sachsen“ zu Gunsten der CDU-Staatsregierung im Landtagswahljahr 1999 aus Steuermitteln finanziert wurde – vertuscht durch eine Umwegfinanzierung via „Sachsenring AG“.

Das erklärte der PDS-Vertreter im Ausschuss, Klaus Tischendorf, auf einer Pressekonferenz.

Die Vorwürfe des früheren Sachsenring-Chefs Ulf Rittinghaus, die die Einsetzung des Untersuchungsausschusses durch PDS- und SPD-Fraktion ausgelöst hatten, seien eindeutig bestätigt worden. Die Ausschussergebnisse sind in einer 26-seitigen Bewertung seitens PDS-Fraktion zusammengefasst. Wie Tischendorf mitteilte, hatte sich der Ausschuss neben dem Missbrauch von Steuermitteln für Wahlkampfzwecke auch mit den Umständen der Privatisierung des Dresdner Zentrums für Mikroelektronik und dem Ver-

kauf an die Sachsenring AG zu befassen. Heute stehe fest, dass die sich über 30 Monate hinziehende EU-Genehmigung für staatliche Beihilfen Grund für die Sachsenring-Pleite ist, wofür das Sächsische Wirtschaftsministerium Mitverantwortung trage. Noch nicht vollständig aufgeklärt ist die erst nach Einsetzung des Ausschusses bekannt gewordene dubiose Finanzierung der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft QMF. Damit befasse sich im weiteren die Staatsanwaltschaft.

V-Leute in der NPD-Landtagsfraktion?

LN. Zur Aussage von Verfassungsschutzpräsident Stock, es werde keine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit NPD-Landtagsabgeordneten geben, äußerte Dr. André Hahn, PDS-Fraktion, seit Monaten bleibe das Landesamt für Verfassungsschutz die Antwort auf die Frage schuldig, ob bei den Kommunalwahlen im Juni auf NPD-Listen auch V-Leute des Verfassungsschutzes in Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage

gewählt wurden. Nun drücke sich Stock bei den NPD-Landtagsabgeordneten erneut um eine klare Auskunft. Seine Mitteilung, V-Leute würden nach Einzug ins Landesparlament „abgeschaltet“, sei völlig unbefriedend. Dies nähere den Verdacht, dass es unter den neugewählten NPD-Vertretern bis jetzt aktive Kontaktpersonen bzw. V-Leute des Amtes gibt. Die PDS forderte die Verantwortlichen dazu auf, in der Öff-

entlichkeit klar zu stellen, dass der Verfassungsschutz keine V-Leute finanziert hat, die nun als NPD-Abgeordnete in den Landtag gewählt wurden. Es wäre ein unglaublicher Vorgang, so Hahn, wenn der Verfassungsschutz mit Zahlungen an führende NPD-Politiker den Wahlkampf der Nazis mit Steuergeldern unterstützt hätte. Die PDS erwartet deshalb von Innenminister Rasch ein klares Wort zu solchen Spekulationen.

Modellprojekte reichen nicht

LN. Angesichts der Erfolge der NPD bei der Landtagswahl reiche es nicht, Modellprojekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weiterzuführen. Der jugendpolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Falk Neubert, begrüßte die angekündigte Weiterführung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus im bisherigen Umfang und die Rücknahme vorgesehener Mittelkürzungen. Der neue Landtag und die neue Staatsregierung müssten im Haushalt 2005/2006 darüber hinaus Mittel für eigene Landesprogramme bereitzustellen,

die der zunehmenden Akzeptanz nazistischer Ideologie unter Jugendlichen Einhalt gebieten. Erfolgreiche Modellprojekte weitergeführt und verallgemeinert werden. Der offensive und konfrontative Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen sei von hoher Priorität und Aufgabe der gesamten Gesellschaft – der Schule, der Verwaltungen, der Medien, der Parteien und Verbände. Die PDS-Fraktion wird, wie Neubert informierte, weiterhin mit entsprechenden Anträgen und Finanzierungsvorschlägen im Landtag aktiv werden.

Porsch widerrief

LN. Peter Porsch widerrief Teile seines offenen Briefes an „Focus“-Chefredakteur Markwort und entsprach damit einem Urteil des Landgerichts München, wonach er und PDS-Bundesvorsitzender Bisky das Magazin nicht mehr der Geschichtsfälschung bezichtigen dürfen. Beide hatten diesen Vorwurf nach einem „Focus“-Bericht über Hans Lauter, Delegierter zur Bundespräsidentenwahl, erhoben. Das Magazin hatte Lauter vorgeworfen, 1964 für die Sprengung der Leipziger Paulinerkirche mitverantwortlich gewesen zu sein. Lauter selbst weist diesen Vorwurf zurück.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im September

Herbstbelebung fiel aus

Die Leipziger Arbeitsagentur registrierte dieses Jahr die miserabelsten Septemberdaten des Arbeitsmarktes überhaupt, in Sachsen wurden die schlechtesten Werte seit sechs Jahren ermittelt. Hier setzte sich unter anderem der Stellenabbau im Gesundheitswesen fort und führte zu 1100 mehr Erwerbslosen. Das übliche saisonbedingte Sinken der Arbeitslosenzahl in der Region Leipzig um 582 auf 72.048 ist geringer als in den letzten Jahren. Gegenüber dem September des Vorjahres liegen die Werte sowohl in Leipzig (+513) wie auch in Sachsen (+2700) ohnehin höher. Die unter dem Druck von Hartz IV in jüngerer Zeit sprunghaft zunehmenden Existenzgründungen, besonders in Form von Ich-AGs, konnten den Trend nicht aufhalten. Bemerkenswert ist, dass in Leipzig ungeachtet des geringen allgemeinen Rückgangs die Anzahl jüngerer Arbeitslosen unter 25 Jahren um nahezu 300 auf 8959 angestiegen ist.

Der Bestand an freien Stellen, die die Agentur verfügbar hatte (2189), wie auch der Zugang an freien Stellen im September (1767) sind Tiefstwerte, weit unter dem Vorjahresniveau. Sofern der Ausbildungspakt von Bund und Wirtschaft überhaupt zusätzliche Lehrstellen brachte, reichte das nicht, um den allgemeinen Rückgang zu kompensieren. Im Raum Leipzig lag die Anzahl der gemeldeten Ausbildungsplätze mit 4703 um 367 niedriger als im Vorjahr und trotz weniger Bewerbern (9753) als 2003 blieben bis Ende September 692 Schulabgänger, mehr als im Vorjahr, unversorgt. In Sachsen sind es 2614. • G. L.

28. September

Dresden. Zwischen Delegationen der CDU, geführt von Georg Milbradt, und der SPD, geführt von Thomas Jurk, beginnen Verhandlungen über die Bildung einer Regierungskoalition.

Chemnitz. Der vom Bund der Steuerzahler jährlich vergebene „Schleudersachse“ für die Verschwendung von Steuergeldern geht an die Stadt Dresden. Die Planung der neuen Waldschösschenbrücke hat seit Beginn der 90er Jahre 13 Millionen Euro verschlungen, bevor die Stadt das Projekt jetzt auf Eis gelegt hat.

30. September

Hamburg. Nachdem die Pressekommission des Landgerichts Hamburg bereits zwei Zeitungen die Behauptung untersagt hat, Prof. Peter Porsch sei wissenschaftlich ehrenamtlicher Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit gewesen, erlegt sie dieses Verbot auch der Leipziger Volkszeitung auf.

1. Oktober

Leipzig. Hermann Winkler tritt als Chef des Landessportbundes zurück und begründet das mit größerer Belastung als

SACHSEN-CHRONIK

28. September bis 11. Oktober

CDU-Generalsekretär in Sachsen.

Dresden. Der Sächsische Städte- und Gemeindetag verlangt von der künftigen Regierung in einem umfangreichen Forderungskatalog u. a. eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. **Schkeuditz.** Die PDS will bei der Durchsetzung ihrer Einsprüche gegen das Ergebnis der Landtagswahl bis vor das sächsische Verfassungsgericht gehen, kündigt Wolfgang Dennecke an. Ihm und Siegfried Schlegel war wegen Formfehlern eine Direktkandidatur verweigert worden.

5. Oktober

Dresden. Der DGB Sachsen gibt seine Forderungen für die Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD bekannt. Er verlangt unter anderem, die Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der Regierungstätigkeit zu rücken.

Borna. Der Kreistag Leipziger Land beschließt mehrheitlich den von Kreisrätin Köpping (SPD) eingebrachten Tarifvertrag für die 450 Mitarbeiter des Landratsamtes, den auch die Gewerkschaft Ver.di mitträgt. Danach erhalten die Mitarbeiter zehn Prozent weniger Lohn bei Gewährung von Kündigungsschutz bis 2006.

6. Oktober

Dresden. Sachsen hebt gemäß einem Gerichtsbeschluss die Bezüge ostdeutscher Beamter auf Westniveau an, die ihre Ausbildung in Westdeutschland absolviert haben. Die Nachzahlungen kosten das Land 2,5 Millionen Euro.

Dresden. Barbara Lässig und Elmar Schmäling wollen die Aufstellung der

Landeswahlliste der PDS zu den Landtagswahlen als undemokratisch anfechten. Der frühere Abgeordnete Ralf Eißler äußerte ähnliche Kritik.

Dresden. Die Verbraucherzentrale Sachsen muss wegen Kürzung der Landeszuschüsse die meisten Filialen per 30. Juni 2005 schließen: Görlitz, Weißwasser, Hoyerswerda, Bautzen, Riesa, Torgau und Aue sowie die elf Nebenstellen.

7. Oktober

Dresden. Der Vorstandsvorsitzende der Sächsischen Aufbaubank, Freiherr von Seckendorf, tritt zurück. Offenbar spielen dabei die Schwierigkeiten der Bank bei der Wohnungsbauförderung eine Rolle.

10. Oktober

Torgau. Auf Schloss Hartenfels schließt die im Mai eröffnete 2., der Reformationszeit in Sachsen gewidmete Landesausstellung, die 226.000 Besucher zählte. **Dresden.** Wie das Kultusministerium mitteilt, müssen sich Sachsens Lehrer gemäß einem Kabinettsbeschluss einer erneuten Überprüfung auf Mitarbeit bei der DDR-Staatsicherheit unterziehen.

„Europa geht auch ohne
Verfassung“
„Wir sind kein
Jungmädchenchor, wir sind
Soldaten!“

Eigentlich sollte man über diese eintönige Veranstaltung den Mantel des Schweigens decken oder eine Glosse schreiben, in der ein schneidiger Bundeswehrgeneral (Zitat s.o.), eine zweckoptimistische SPD-Verteidigungsexpertin und eine langweilig wirkende Moderatorin die Hauptrollen spielen – wenn die erörterten Fragen nicht so ernst wären.

Diskutiert oder besser gesagt informiert wurde über die gegenwärtige Situation deutscher Soldaten in den Einsatzgebieten Afghanistan und Kosovo und über die künftige Struktur der Bundeswehr angesichts leerer Kassen und Forderungen nach Abschaffung der Wehrpflicht. Etwa 120 Zuhörer hatten sich eingefunden, um die Ansichten von Ursula Mogg (SPD), Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages, General a.D. Hans-Peter von Kirchbach, früherer Generalinspekteur der Bundeswehr, und General Roland Kather, Kommandeur der in Leipzig stationierten 13. Panzergrenadierdivision, die das Gros der Soldaten für Auslandseinsätze stellt, zu den aufgeworfenen Fragen kennenzulernen. Man war im großen Saal der Handelsbörse eigentlich unter sich, denn die meisten Besucher waren Soldaten und Zivilangestellte der Bundeswehr.

Die Begrüßung erfolgte durch eine Frau Marienfeld von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die dazu aufrief, den neuen Auftrag der Bundeswehr, die Sicherheit Deutschlands dort zu verteidigen, wo sie gefährdet ist, den Bürgern überzeugender zu vermitteln. Diese Aufforderung nahm das Podium sofort auf und schwadronierte anschließend, sich die Bälle zuwerfend, über die Out-of-area-Einsätze „unserer Jungs und Mädchen“ (Moderatorin Anita Kecke von der LVZ) in Afghanistan und im Kosovo.

Frau Mogg vertrat unbeirrt die bekannte Auffassung der rot-grünen Regierungs-

Wer bezahlt die Rechnung der neuen Bundeswehrstrategie?

Generäle sterben in der Regel im Bett

Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung zu aktuellen Fragen und künftigen Aufgaben der Bundeswehr am 28. September in der Alten Handelsbörse

koalition zu den Auslandseinsätzen: Sie werden über einen längeren Zeitraum notwendig sein. Die Soldaten erfüllen ihre Aufgaben gut, ihre Anwesenheit wird von der ansässigen Bevölkerung akzeptiert. Die Zustimmung des Bundestages zur Verlängerung der Einsätze ist deshalb gesichert. Insbesondere im Kosovo sei nun die Politik gefordert, Lösungen in Gang zu setzen.

Unklar war, warum Frau Mogg trotzdem um eine breite gesellschaftliche Debatte über die Auslandseinsätze warb. Vielleicht gibt es auch bei ihr einen Widerspruch zwi-

Kriegsfürsten gegenüberstehen könnte, nicht überfordert ist. Die Soldaten wären entsprechend ausgebildet und erzogen. In den Drogenanbau und -handel mische man sich nicht ein. Die Bevölkerung sei dankbar für Hilfe und Unterstützung.

Im Kosovo hätte sich aufgrund der Unruhen vom März gezeigt, dass die Soldaten auch in der Lage sein müssten, polizeiliche Aufgaben zu übernehmen. Dafür sei entsprechende Ausbildung und ihre Ausrüstung mit Schlagstöcken, Schilden, Tränengas und dem neuen CS-Gas (Originalton: Die Menschen kotzen wie die

Im Kosovo sind die angeblich humanitären Ziele der Besetzung inzwischen völlig verloren gegangen und Erfolge nicht zu verzeichnen. Die USA verfolgen in dem Wirrwarr von politisch-ethnischen Gruppeninteressen ihre eigene egoistische Linie, indem sie die separatistischen Neigungen der Kosovo-Albaner teils verdeckt, teils auch offen unterstützen. Kather aber rühmte stattdessen das Zusammenwirken mit den Partnern und Verbündeten.

Inzwischen wird immer öfter vom „militärischen Humanismus“ gesprochen, um eine Legitimation für weitere Einsätze zu erhalten, die Zustimmung der Bevölkerung zu erschleichen und die Bewilligung der notwendigen Gelder zu erzwingen. General a. D. von Kirchbach forderte demgemäß auch, dass die Politik ihrer Verantwortung für die Finanzierung der Einsätze endlich gerecht werden müsse. Die Bundeswehr sei schon längst ein aktives Instrument der deutschen Außenpolitik geworden. Ihre Präsenz im Ausland wird übrigens auch genutzt, um



Links: Ursula Mogg (SPD), Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages
Rechts: General Roland Kather, Kommandeur der in Leipzig stationierten 13. Panzergrenadierdivision

Foto: Bols



schon Parteidisziplin und Gewissen. Aufschlussreich waren auch die Stellungnahmen der Militärs. Insbesondere General Kather machte unbeirrt klar, dass die Bundeswehr ohne Wenn und Aber zur Verfügung steht. Er habe sich persönlich in Nord-Afghanistan über die Lage informiert und festgestellt, dass die kleine Einheit von 80–90 Soldaten in Faisabad trotz der geographischen Isoliertheit und der Tatsache, dass sie im Konfliktfall den 4500 bewaffneten Kämpfern des lokalen

Reiher) notwendig. Von Resignation angesichts der vielen ungelösten Probleme könne keine Rede sein, usw.

Diese Einschätzungen sollen jeden Zweifel an der Machbarkeit solcher Auslandseinsätze durch die Bundeswehr zerstreuen und von der Tatsache ablenken, dass wirtschaftliche und strategische Interessen der USA und der beteiligten westeuropäischen Länder im Vordergrund stehen.

der Forderung nach einem ständigen Platz Deutschlands im Sicherheitsrat Nachdruck zu verleihen und damit gleichzeitig den Zugang zu noch mehr Macht und Geltung im internationalen Kampf um Einfluss und Rohstoffreserven zu ermöglichen.

Die Rechnung, das steht zu befürchten, könnten dann wieder einmal die einfachen Soldaten bezahlen. Generäle sterben in der Regel im Bett.

• MANFRED BOLS

Betroffene zu Unrecht beschuldigt

LN. Die Agentur für Arbeit Leipzig beklagte den geringen Eingang von Anträgen für das Arbeitslosengeld II. Die Region Leipzig liegt mit dem Rücklauf der 45000 versandten Antragsformulare an letzter Stelle in Deutschland.

Per 30. September waren bei der Agentur nur 9900 Anträge, 22 Prozent, eingegangen. Erklärungen für diese Situation suchte Agenturchef Dr. Meyer vor allem im unvernünftigen Verhalten der künftigen ALG II-Empfänger. Betroffene wehrten sich gegen diese Unterstellung und verwies auf die langen Bearbeitungsfristen kommunaler Ämter für die mit den Anträgen einzureichenden Wohngeld- und Bafög-Bescheide.

Strategiesuche hält an

Traditionen und aktuelle Erfordernisse des antifaschistischen Widerstandes waren Gegenstand eines Gespräches, zu dem das Friedenszentrum Leipzig, der Bund der Antifaschisten und die Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen hatten.

Die Veranstaltung stand ganz unter dem Eindruck des Wahlerfolges der NPD und der jüngsten Demonstration von Neofaschisten, denen es jedoch nicht gelang, nach Connowitz vorzudringen. Hans Wienhold vom Friedenszentrum stellte die Bündnisbemühungen in den Vordergrund, mit denen gerade Linke in der Vergangenheit viele Schwierigkeiten hatten.

Weitgehende Einigkeit bestand unter den Teilnehmern, dass sich jede Generation ihren Antifaschismus neu erarbeiten müsse.

Der eingespielte Videorück-

blick auf die Nazi-Aufmärsche in dieser Stadt löste Proteste der Diskussteilnehmer aus. Es stellt sich die Frage, ob denn die Demokratie wirklich solche sinnlosen Kraftproben zulassen muss.

Mit Blick auf die braune deutsche Vergangenheit sei es nur sehr schwer verständlich, dass die Polizei verpflichtet ist, den Weg freizumachen, selbst wenn Sprüche wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ gerufen werden. Dabei könne die Verantwortung für die immer neuen Nazi-Aufmärsche nicht so ohne weiteres alleine auf das Oberverwaltungsgericht in Bautzen abgeschoben werden. Leipzig müsse energisch Demoverbote aussprechen und nicht nur andere Wegstrecken beantragen, wie unverständlicherweise beim jüngsten Naziaufmarsch geschehen.

• J. A.

Herzlichen Glückwunsch, Peter Porsch, zum 60.!

Lieber Prof. Porsch,

machen Sie Ihre Sache weiter – als einstimmig gewählter PDS-Fraktionschef im Sächsischen Landtag, als guter Ehemann und Vater und überhaupt als Linker, der Sie sind, konsequent und ehrlich, seit früher Jugend – auch wenn Sie nie persönlicher Referent des einstigen FDJ-Chefs Eberhard Aurich waren, auch wenn Sie keine flammenden Reden für Egon Krenz schrieben wie zum Beispiel Hans Eggert, jetziger Chefredakteur der „Sächsischen Zeitung“, der glaubt, Ihnen bösartige Stasi-Kontakte vorhalten zu können. Genau dieser Mann wurde am 6. November 1989 von der SED als Chefredakteur in die „Berliner Zeitung“ platziert und schrieb gleich nach dem Fall der Mauer: „Das Geschrei und die gewalttätigen Angriffe auf Grenzanlagen macht bange. Und sie machen deutlich, wie gut ein gut organisiertes Grenzregime letztlich sein kann ... Die Mauer wegreißen? ... eine gesicherte Grenze braucht es derzeit wohl weiter.“ Vielleicht gar



nicht so falsch damals.

Warum steht er nicht zu seiner Vergangenheit? Schlimmer, warum glaubt der einstige SED-Genosse, sich sein Angekommensein an den Fleischtöpfen der Macht mit besonders untätiger Staatstreue erhalten zu müssen?

Aber so sind Renegaten eben. Ihnen, Peter Porsch, zum Runden noch viel Gesundheit, Kraft, vor allem echte Freunde und treue Kampfgefährten.

LEIPZIGS NEUE

Von **BRUNO SCHWEITZER**

Jene 99 Kilometer lange Sandsichel zwischen Memel und Samland, zwischen Ostsee und Haff, ist dazu ange-tan, Sehnsucht und Fernweh zu wecken. Ihren Namen verdankt sie den Kuren oder auch Kurschen, den Urbewohnern der Nehrung, die zu den im 14. Jahr-hundert erloschenen Stamm der Pruzzen gehörte. Nehrie, andererseits, ist ein alt-preußisches Wort für aufgeworfenes Land. Der Sage nach wurde die Nehrung von Neringa geschaffen, der gutherzigen Tochter eines Fischers von goldblonder Schönheit. Sie wuchs und wuchs und retete als Riesin viele in Seenot geratene Fischer vor dem tobenden Meeresgott Bangputys. In ihrer Riesenschürze trug sie Sand zum Meer und streute ihn ins Wasser. So soll sich ein schmaler Damm gebildet haben, der die Küstenbewohner vor der Wucht und Wut der Wellen schützte. Und weiter berichtet die Sage, dass Neringa gegen den neunköpfigen Meerdrachen Galwirdas kämpfte, wobei ihr dann ein Jäger aus Schamaiten zu Hilfe gekommen sei. Er habe den Dra-chen erschlagen und Neringa geheiratet.

Tatsächlich begann es vor 7000 Jahren

Wissenschaftlichen Überlieferungen zu-folge gibt es unterschiedliche Auslegun-gen zur Entstehung der Nehrung. Wahr-scheinlich ist, dass sie nach der letzten Eiszeit, also vor annähernd 7000 Jahren aus einer sandig-tonigen Endmoräne geformt wurde. Die von Gletschern zu-rückgelassenen Spitzen ragten nach An-stieg des Meeresspiegels wie eine Kette von kleinen Inseln aus dem Wasser. Der Sand, der durch die Nordströmung der Ostsee von der Abbruchküste des Sam-landes herübergespült wurde, siedelte sich auf den Inseln an und verband diese nach und nach zur Landzunge. West-winde schichteten darauf hohe Dünen, auf denen sich allmählich Vegetation und Wälder ansiedelten. An der breitesten Stelle unweit von Nidden misst die Nehrung an die vier Kilometer, an der schmalsten, bei dem einst für seine Fludern berühmten Sarkau, nahe beim Samland, lediglich 380 Meter. Vormalige bei Pillkopen und Rossitten gebaute Burgen sind fast ganz im Sand ver-schwunden. Um so mehr ist es die Natur, die den Reiz der Nehrung ausmacht.

„Die Kurische Nehrung ist so merkwür-dig“, schrieb einst Alexander von Hum-boldt, „dass man sie eigentlich ebenso gut als Spanien oder Italien gesehen haben muss, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll.“ Per Kutsche von Memel nach Königsberg sei er fast 24 Stunden gefahren, „einen Tag und eine mondhele Nacht, immer mit einem Rade im Wasser“.

Reiche Natur und ethnischer Reichtum

Ganz im Norden der Nehrung liegt das Dorf Smiltune (Sandkrug), weiter nach Süden Juodkant (Schwarzort), wo vor 150 Jahren tonnenweise „Baltisches Gold“, also Bernstein, aus dem Hafenbecken gefördert wurde; dann Perwalka (Perwalk), Preila (Preil), schließlich das Fischer- und Ferien-, das Wald- und Dü-nendorf Nida (Nidden) und im russi-schen Streifen Rybatschij (Rossitten), Turbass Djunij (Touristendühne) sowie Lesnoj (Sarkau). Wegen ihrer seltenen



Gezähmte Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung

Foto: Schweitzer

Auf Neringas Spuren

Ein naturkundlicher Streifzug über die Kurische Nehrung

Flora und Fauna ist im Jahre 1991 der litauische Teil der Nehrung, jetzt zu 70 Prozent bewaldet, von der UNESCO zum Schutzgebiet erklärt worden.

Im Verlaufe von Jahrhunderten hat die Geschichte dort immer wieder neue poli-tische Wechselverhältnisse hervorge-bracht und somit ethnische Vielfalt der Bevölkerung: Deutsche, Polen, Russen, Litauer, Letten und Esten, Juden, Heiden, Christen und Zigeuner. Nach dem ersten Weltkrieg ist das Memelland einschließ-lich nördlicher Teil der Nehrung laut Versailler Vertrag an die Siegermächte überstellt worden, 1923 annektierte Lit-auen das Gebiet, 1939 kam das Memel-land einschließlich der nördlichen Nehrung wieder „heim ins Reich“. Doch die-ser Anschluss währte auch nur kurze Zeit. Denn auf Grund eines 1939 abgeschlos-senen deutsch-sowjetischen „Grenz- und Freundschaftsvertrages“ wurde das Nehrungsgebiet als Kompensation für pol-nische Gebiete wiederum Litauen zuge-schlagen und gehörte somit seit Sommer 1940 zur litauischen Sowjetrepubik. Am 22. Juni 1941 änderte sich natürlich wie-der die Lage ... Und im Februar 1945 nahm die Rote Armee Nidden ein. Er-wähnt sei hier noch, dass nach 1945 Nid-den als „das schönste Dorf der Sowjet-union“ galt.

Märchenhaftes Land um Nidden

Nidden also, die Perle der Kurischen Nehrung, ist in Chroniken erstmals im Jahre 1437 erwähnt. Der Ort hatte 1930 etwa 900 Einwohner. Derzeit sind es auf der ganzen Nehrung etwa 3000. Von September bis März herrscht in den Ho-tels der Touristenzentren Nidden und Schwarzort totale Ruhe. Sie sind ge-schlossen. Broterwerb (Gastronomie ist fast der einzige), findet zu der Zeit nicht statt. Verdientes Geld vieler Einwohner und Saisonkräfte vom Sommer muss eben das ganze Jahr reichen.

Eine märchenhafte, fast unwirkliche Anmutung bietet das schmale Land zwi-schen den Wellen. Es birgt eine Vielfalt an Lebensräumen von trockenen Sand-flächen über Sumpfwald bis zu ausge-dehnten Schilfufern. All das verband

einstmals die alte Poststraße, die, als eine der schönsten Alleenstraßen, von Memel nach Königsberg führte. Im Jahre 1833 wurde die alte Poststraße, auf der in den Tagen des preußischen Zusammenbruchs 1807 Königin Luise vor Napoleon nach Memel geflüchtet war, in das Landinnere verlegt. Sie führt seitdem über Tilsit nach Russland.

Farbenpracht zwischen Sand und Himmel

Die großen Dünen in der Niddener Pflege südwärts sind natürlich ein besonderes Naturphänomen für den neugierigen Be-sucher. Thomas Mann unterstrich dazu (bei einem Vortrag im Rotary Klub 1931 in München): „Kennen Sie die Dünen auf Sylt? Man muss sie sich (bei Nidden) verüffnfacht vorstellen, man glaubt in der Sahara zu sein. Der Eindruck ist elemen-tarisch und fast beklemmend, weniger wenn man sich auf den Höhen befindet und beide Meere sieht, als in den tiefen eingeschlossenen Gegenden. Alles ist weglos, nur Sand und Himmel. Immer wieder überkommt mich hier der Ein-druck des Elementarischen, wie ihn sonst nur das Hochgebirge oder die Wüste her-vorrufen. Die Farbenpracht ist unvergleich-lich, wenn der Osthimmel das Feuerwerk das westlichen widerspiegelt. Die Far-benpracht ist unbeschreiblich. Zarteste Pastellfarben in Blau und Rosa und der federnde Boden ist geschmückt mit den feinen Wellenlinien, die der Wind hinein-zeichnet.“

Der Sand auf der Nehrung entfaltet eine besondere Dynamik. Der Wind trifft fast immer aus West bis Südwest auf die Dü-nen und setzt sie in Bewegung. Auf ihrer der See zugewandten Seite wird der Sand weggeweht und häuft sich zum Haff hin. Im Laufe der Zeit haben Dünen ganze Dörfer unter sich begraben. Man weiß von über einem Dutzend. Die Wander-dünen mit ihren rauchenden Kämmen sind Resultat einer ökologischen Kata-strophe. In der Zeit des Siebenjährigen Krieges ließen russische Truppen, die das Land besetzt hatten, die Wälder abhol-zen. Das Holz verschifft man mit hohem Profit nach England. Durch die vollstän-dige Rodung des Nehrungswaldes wurde

die Vegetation entlöst und der Sand frei-gelegt. Nach und nach wirkten Menschen solchen Naturgesetzen entgegen – zum Beispiel durch Faschinen und andere Barrieren. So bietet sich nunmehr zwi-schen Nidden und Schwarzort eine „Schlafende Düne“ dar, auf der blühende Pflanzenteppiche das Bild prägen. Am eindrucksvollsten ist die „Hohe Düne“ bei Nidden mit ihrer großen Kuhle, dem „Tal des Schweigens“. Hervorstechend im Dünenaral vor allem ein Panorama, das den Eindruck als Nordische Sahara hinterlässt.

Dessen Relief ist manchmal in bizarre Klüfte, ausschwingende Bögen und Rippelmarken zerrissen. Für Fotografen seit eh und je ein besonderes Terrain.

Wir sollen unseren Streifzug in nordöstli-che Breiten nicht ausklingen lassen, ohne auch folgende Besonderheiten Reverenz zu erweisen: Elche soll es nur noch und schon wieder ganz vereinzelt geben. Vor dem zweiten Weltkrieg war bei Nidden ein sogenannter Elchwald, in dem bis zu 100 dieser gravitatischen bis zu drei Meter lange Fabelwesen geäst haben. Laut einem Buch soll 1945 der letzte Elch von einem Offizier der Wehrmacht erschossen worden sein.

Elche und beinahe eine Fata Morgana

Dem Haff gegenüber, in der Elchnie-derung zwischen Tilsit und Labiau, sind mehrfach Elche anzutreffen. Es sei hier noch bemerkt, dass einstmals die Zucht-pferde des europaweit bekannten Tra-kehner Gestüts (zwischen Insterburg und Ebenrode/Stallupönen) eine Elchschaufel als Brandmal und damit Markenzeichen aufzuweisen hatten. Eine Reiseleiterin wusste unlängst zu berichten, dass eines Tages ein uriger Elch auf der Hauptstraße kurz vor Königsberg geortet wurde, der nur mit Mühe zur Umkehr veranlasst werden konnte.

Das Kurische Haff, jene fischreiche Südwasserlagune, ist dreimal so groß wie der Bodensee. Viele Kilometer gegenüber sind wie eine Fata Morgana Wipfel der Baumgruppen des Memelgebietes auszu-machen. Seinerzeit befuhren vorwiegend die lautlosen Kurenkähne, auch Beitelkähne genannt, über das Wasser. Heute eilen motorbetriebene Boote hinü-ber und herüber. Es existiert im Niddener Hafenbecken nur noch ein (nachgebau-ter) Kurenkahn mit typischen rechtecki-gen Spritzegel und holzgeschnitztem Ku-renwimpel oben am Mast (der mit bunten Symbolen weithin dem Eineimischen Auskunft über jeweilige Familien und Besitzverhältnisse gab). Die einstige stol-ze Segelflotte der Fischer ruht seit über

Fortsetzung Seite 9

Einen deutlicheren Eindruck von der heutigen Ukraine gewinnt man als Tourist erst bei Exkursionen aufs flache Land. So wurde eine Fahrt in einen Kolchos bei Kremenschuk (bei uns unter den Trassenerbauern bekannt) angekündigt. In Omelnizko gab es natürlich keinen Kolchos mehr, aber vielleicht existierte dort früher einmal ein Vorzeigekolchos? Die Sozialeinrichtungen jedenfalls waren sehenswert und zeigten das Bemühen der Gemeindeväter um die dort lebenden Menschen: eine Schule mit 11 Klassen, eine Kindereinrichtung mit 70 Kindern; für die die Eltern pro Kind und Monat nur 12 Hrywnja entrichten müssen. Und dann ein Landambulatorium für 30 Dörfer und 4000 Menschen; alles hübsch und sauber, drei Ärzte, ein Zahnarzt, eine Hebamme, alle voller Enthusiasmus, aber ohne Möglichkeit zum Operieren (Kremenschuk liegt nur 20 Autominuten entfernt), kein Computer und (was mich besonders betroffen machte) bis 1997 nicht einmal fließend Wasser und Gas. Was nur heißt: auch zur „realsozialistischen“ Sowjetzeit gab es das nicht. Dass man unter diesen Bedingungen die Touristen um Spenden angeht, versteht sich. Zwar wird viel gebaut, aber die Infrastruktur in den Städten lässt mehr als zu wünschen übrig. Uralte Busse, das Straßennetz ist zerrüttet, die Bürgersteige sind in einem katastrophalen Zustand, Kanaldeckel werden gestohlen und an den Metallhandel verschertelt. Odessa verfügt über wunderschöne Paläste, prächtige Boulevards und Häuser im Jugendstil. Aber man darf nicht in Nebenstraßen gehen, in die Hinterhöfe gucken oder nach oben schauen – es packt einen das Grausen.

Kein Wunder, dass die Ausreisequoten steigen – nicht nur bei jenen Ukrainern, die auf Zeit im Ausland arbeiten, um die Familie zu unterhalten oder um das Geld für eine Wohnung oder gar ein Häuschen zu beschaffen. Derzeit spricht man von einem Preis von 1000 Dollar für einen gekauften Quadratmeter Wohnraum. Auch die Zahl der Deutschen und Juden beispielsweise in Odessa und im gesamten Schwarzmeergebiet hat sich verringert. Waren bis 1941 in Odessa über 50 Prozent der Bevölkerung Juden, so blieben nach 1945 aufgrund der deutschen Ausrottungspolitik nur noch wenige übrig. Zwischen 1979 und 1789 wanderten aus der gesamten Ukraine 100 000 Juden aus. Heute gibt es in Odessa noch zwei jüdische Gemeinden mit etwa 1020 bis 1050 Gliedern, der Rest ist emigriert nach Israel, in die USA und auch zu uns. In Leipzig leben derzeit über 2000 Menschen mit ukrainischem Pass, von denen die meisten jüdischer Herkunft sind. Und die Deutschen? Durch die Stalinsche Zwangsverschickung (1941) sind die um Odessa, in Bessarabien und im früheren Taurien, also dem Dnepergebiet, gruppierten deutschen Siedlungen und mit

ihnen ihre Bewohner fast restlos verschwunden, ebenso in Wolynien.

Man sieht am Straßenrand gelegentlich noch deutsche Dörfer wie Neuliebetal (ukrainisch heute Nowodolina) mit ihren charakteristischen Langbauten, mit Ziegeldach und Eingang von der Seite sowie gepflegten Vorgärten. Aber die Menschen sind längst fort, zumeist nach Deutschland verzogen (so sie überlebt haben) und leben nun hier, mitten unter uns, mit ihren ganz eigenen Problemen, aber das ist schon ein völlig anderes Thema. Nur ein Ausstellung im Odessaer Heimatmuseum zeugt vom Leben der Deutschen im Schwarzmeerraum. Überhaupt die Ausstellungen. In Kiew konnte man eine kleine Sonderausstellung sehen, die das Wirken des russischen Generalgouver-

neurs Nikolai Repnin-Wolkonski in Sachsen 1813/1814 zeigt. Sewastopol hat natürlich seine Marinemuseen, vor allem das nach dem Zweiten Weltkrieg wieder errichtete Panorama über die Verteidigung der Festung im Krimkrieg 1854/1855, an der auch der damals junge Offizier Lew Tolstoi teilnahm, der dem heroischen Kampf der russischen Soldaten seine autobiografisch geprägten „Sewastopoler Erzählungen“ widmete. Anton Tschechows Haus in Jalta wurde schon erwähnt. Dank seiner Schwester Maria blieb es als Museum so erhalten,



Dreizehn Tage in der Ukraine (II und Schluss)

Annäherung an ein bei uns weithin unbekanntes Land / Von Erhard Hexelschneider

berin erzählte uns ihr Erleben dieser Tage: Durch den 1. Mai und die nachfolgenden freien Tage konnte die am 26. April erfolgte Explosion des Reaktors IV von den Sowjetbehörden längere Zeit geheimgehalten werden. Damals war der im Westen wegen seiner „Glasnost“ so hoch geschätzte Michail Gorbatschow erster Mann im Staat. Unsere Gewährsfrau wusste zu berichten (und ich glaube ihr das vorbehaltlos), dass noch am zweiten Tag nach der Explosion nicht einmal die Bevölkerung der nur fünf Kilometer entfernt gelegenen Stadt Prypjat evaku-

iert war und der Einsatz von Soldaten in Schutzanzügen von den Behörden als Übung der Zivilverteidigung deklariert wurde. Die Angst geht bis heute um. Die Zahl der im 30 Kilometer entfernten Kiew im Dnjper Badenden war trotz guter Wassertemperaturen nicht übermäßig groß. Aber es kann auch nicht verschwiegen werden: Wir mussten lange herumfragen (und das in nächster Nähe des Museums, wohlgemerkt), bis wir den Ort fanden – das Ereignis scheint verdrängt zu werden. Erfreulich, dass die internationalen Hilfsaktionen gewürdigt werden. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass auch die vielfältigen Bemühungen der Partnerstadt Leipzig erwähnt worden wären. Immerhin gibt es hier den aktiven Verein Ukraine-Kontakt e.V., der sehr viel solidarische Arbeit leistet.

Die Ukraine im Sommer – ein Erlebnis. Kein neues Griechenland, wie es Herder verstand, aber doch eine nachdenkliche Erfahrung für den aufmerksamen Touristen. Ein wunderschönes Land: der Dnepr mit seinen Stauseen eher ein Meer denn ein Strom, die subtropische, zauberhafte Krim, die geschichtsträchtigen Heldenstädte Kiew, Odessa und Sewastopol, die freundlichen Menschen – wünschen wir ihnen viel Erfolg auf einem noch sehr, sehr langen Weg zu Glück und Wohlstand.

Oben: Straßenmusikant

Foto: Hexelschneider

Links: Marienpalast, heute Sitz des Präsidenten der Ukraine

Fortsetzung von Seite 8

50 Jahren weit draußen auf dem Haffgrund. Als die Kähne eines Tages an eine andere baltische Sowjetrepublik abgeliefert werden sollten, hat man sie kurzerhand versenkt.

Schaurig still kann die Nehrung sein

Es ist schon ein besonderes Erlebnis, zur Sommerzeit bei hereinbrechender Dun-

kelheit eine Fahrt mit dem besagten Beitelkahn zu unternehmen. Das Flair der nahen Küste, die Lichter vom entfernten Nidden und die absolute Stille sind unbeschreiblich emotional. Gleichmaßen schön auch, wenn man an sonnigen Tagen eine Hafffahrt mit einem motorbetriebenen Segler über einige Stunden hinweg zum Memeldelta unternimmt. Vorbei an Seevögelkolonien des anderen Ufers, unter anderem Kormorane und Kraniche, fährt man ein in einen verträumten Memelarm.

Der Kapitän erklärte dazu: „Diese Lagune ist unser Venedig des Nordens“. Hier und da am Ufer vereinzelt Gehöfte und allwärts kaum ein Laut zu vernehmen. Apropos Stille. Unsere heutige eilige Welt ist angefüllt von allzu viel Allotria und Klamauk. Um so wohltuender ein Aufenthalt in den hier beschriebenen Gefilden. Im übrigen: Wer die urwüchsige Natur auf der Kurischen Nehrung persönlich in Augenschein nehmen möchte, dem sei geraten, eine Wanderung auf der „Schla-

fenden Düne“ oder im „Tal des Schweigens“ bei Nidden in der Abenddämmerung nicht allein zu unternehmen. Eine fast unheimliche Stille könnte bei sensiblen Naturfreunden gar leicht psychisch bedenkliche Beklemmungen hervorrufen. Doch verabschieden wir uns mit jenen Worten eines Poeten: „Die Stille ist wie eine Botin mit Nachrichten, auf die wir gewartet haben. Weshalb wir wissen, dass es mehr gibt als alles, was wir heute begreifen.“

Zwei Mal Österreich

DIE SELIGSPRECHUNG des letzten Habsburger Kaisers, Karl I., als „Freund des Friedens“ im Vatikan durch Papst Johannes Paul II. am 3. Oktober, hat nicht nur in Wien, sondern auch hierzulande für Empörung gesorgt. Der letzte österreichische Kaiser hat, wie Historiker inzwischen mit Dokumenten belegen, den Giftgas-Krieg im I. Weltkrieg mit befördert. Sein Sohn Otto fiel nicht weit vom Stamme. Über Jahre saß dieser als rechtskatholischer Politiker für die CSU in Europa-Parlament und war als Rechtsausleger immer zur Stelle, wenn es in Europa um Antikommunismus ging. Noch vor der Vatikanfeier wurde Otto Habsburg in Wien vom Direktor des Kunsthistorischen Museums, Seipel, als „Kaiserliche Hoheit“ begrüßt. Der Museumsdirektor hat nur das zum Ausdruck gebracht, was die „Kaiserstadt“ Wien noch immer verkörpert: den nostalgisch verbrämten Flirt mit der imperialen Vergangenheit der k. und k. Monarchie in der Stadt an der blauen Donau. Mit nach Rom zur Seligsprechung gereist war auch Nationalratspräsident Khol von der ÖVP. Als Demokrat hätte dieser Mann auf seine Reise auf Steuerkosten besser verzichten sollen. **UNERWARTET** für die von Rechts regierte Donau-Republik Österreich verlieh die Schwedische Akademie am 7. Oktober den Literatur-Nobelpreis Elfriede Jelinek. Die Wahl begründet die Akademie u. a. mit dem „musikalischen Fluß von Stimmen und Gegenstimmen in Romanen und Dramen, die mit einzigartiger sprachlicher Leidenschaft die Absurdität und zwingende Macht der sozialen Klischees enthüllen“. Mit ihren Arbeiten hat sich Elfriede Jelinek, 1946 in Müritzschlag/Steiermark in eine slawisch-jüdische Familie geboren, politisch stets eingemischt. Gemeinsam kämpfte sie mit Gleichgesinnten gegen den Ex-FÖP-Vorsitzenden und Vizekanzler der rotweißbroten Republik, Jörg Haider. So wird sicherlich die Seligsprechung als Stoff demnächst in einem Theaterstück von Elfriede Jelinek ihren demokratischen Nachhall finden. Den Literatur-Nobelpreis, so Elfriede Jelinek, werde sie nie als Blume im Knopfloch für Österreich tragen. • **KARL-H. WALLOCH**

Es gibt Bücher, durch die man alles erfährt und doch zuletzt von der Sache nichts begreift.

Goethe

Die Vision einer humanen Gesellschaft freier Menschen in Emanuel Schikaneders und Wolfgang Amadeus Mozarts „deutscher“ Oper *Die Zauberflöte* blieb noch immer Utopie. Mit den Aufbrüchen von 1789, 1848, 1971 und 1971 gehegte Hoffnungen erfüllten sich nicht. Genau besehen führen Schikaneder und Mozart die Gründe dafür in spielerischer, märchenhafter Form vor.

Die Königin der Nacht zeigt sich beim ersten Auftritt in ihrer Mutterliebe durchaus empfindsam. Doch indem der aufgeklärte Sarastro ihr die Tochter raubt und seine Ideale ziemlich gewaltsam durchsetzen will, weckt er ihre Rachsucht. Und bei aller Weisheit und Menschlichkeit besitzt Sarastros Reich einen Geburtsfehler: Dieser das aufgeklärte Bürgertum symbolisierende Orden lässt sich von Sklaven bedienen, die wohl auf die Dauer nicht in dieser Stellung verharren dürften. Wiederum lebt auch die Königin der Nacht nur von der Arbeit anderer.

Diesen Mikrokosmos mit all seinen kaum vereinbar scheinenden

Bildkräftig, kurzweilig, doch beliebig

„Die Zauberflöte“ in Leipzigs Oper

den menschlichen Gegensätzen lässt Mozart vom gassenhauerischen Volkslied des Naturburschen Papageno bis zur tiefsten Choralvariationen der Geharnischten in genialer, wahrhaft einzigartiger Verbindung und Geschlossenheit Klang werden. So fordert er – gleichgültig ob bewusst oder unbewusst – zu realistischen Lösungen heraus. Heute wie ehemals.

Vor einem halben Jahrhundert befreite 1954 Walter Felsenstein mit seiner denkwürdigen Inszenierung in der Komischen Oper Berlin das Werk von aller Routine und allem Ballast, die es seit der Uraufführung von 1791 verstellten – dabei die Idealität betonend. Joachim Herz war es vorbehalten, 1975 in Leipzigs Oper die Widersprüche aufzudecken, von denen nicht nur die Königin der Nacht und Sarastro geprägt sind. Auch die augenzwinkernde

Inszenierung Günter Lohses zeigte am 1. Oktober 1989 diese differenzierende Sicht – wenige Tage vor jenem historischen Leipziger 9. Oktober.

Nun, 15 Jahre später, genau am 9. Oktober, inszenierte Ralf Nürnberger das Werk in Leipzig neu. Mit Yadegar Asisi, dessen Mount-Everest-Panorama seit über einem Jahr in Leipzig zu bewundern ist, verband er sich mit einem außergewöhnlichen Bühnenbildner. Der schuf auf 3200 Quadratmetern wie einstmalig bemalter und bedruckter Leinwand faszinierende märchen- und zauberhafte Bühnenbilder, die heute keiner seiner Kollegen zu gestalten wagt: so eine Waldlandschaft, eine große Bibliothek, einen Platz zwischen Palastmauern mit Gebetshaus im Hintergrund, ein Planetarium – also ideale Spielräume.

Ralf Nürnberger begnügt sich

allerdings mit einem zwar ausgesprochen kurzweiligen, lebendigen aber öfter auch oberflächlichen Spiel bis zum Klamottigen und andererseits entbehrlicher Ouvertüren-Pantomime. Es erfreuen manch originelle Einfälle wie der Umgang mit Papagenos Glockenspielkasten. Aber wenn die Sklaven als Tanten herumhaspeln müssen (und Juchzer aus dem Publikum kommen) oder Tamino und Pamina in Särgen wie im Krematorium in flammende Tiefe versenkt werden, ist das weit vom Niveau der ihnen zugeordneten Musik entfernt. Die Regie gleitet viel in heutige Beliebbarkeit und Späßigkeit ab.

Aber alles geht locker über die Bühne und wird dank der bezaubernden Bilder Asisis wie der insgesamt beeindruckenden musikalischen Leistungen unter Stefan Blumiers Leitung für Publikumsandrang sorgen. Vor allem Anna-Kristina Kaapola als Königin der Nacht, Eun Yee You als Pamina, Milko Milev, die drei nicht genannten Thomaner als Knaben singen und das Gewandhausorchester spielt bertückend schön.

• **WERNER WOLF**

Herzlichen Glückwunsch, Elfriede Jelinek!

„Natürlich freue ich mich auch über den Nobelpreis, da hat es keinen Sinn zu heucheln, aber ich verspüre eigentlich mehr Verzweiflung als Freude. Ich eigne mich nicht dazu, als Person an die Öffentlichkeit gezerzt zu werden. Da fühle ich mich bedroht. Wenn man den Preis als Frau bekommt, dann kriegt man ihn als Frau und kann sich nicht uneingeschränkt freuen. Wenn Peter Handke, der den Preis viel mehr verdienen würde als ich, den Preis erhalten würde, dann bekommt er ihn eben nur als Peter Handke. Ich wünsche mir nicht, daß der Preis für Österreich eine Bedeutung hat. Ich bin zu dieser Regierung auf völliger Distanz. Und ich bin mir nicht sicher, ob sich alle, die sich jetzt mit mir freuen, auch wirklich freuen.“



Großartiger Beginn der neuen Konzertsaison

Die Konzertsaison 2004/05, die letzte mit Herbert Blomstedt als Gewandhauskapellmeister, ist in vollem Gange. Der schwedische Meister des Taktstocks eröffnete sie höchst eindrucksvoll. Seine ebenso vitale wie durchdachte und klare Interpretation der Hiller-Variationen von Max Reger schuf sogleich im Eröffnungskonzert einen Höhepunkt.

Als Seltenheit sei aus den Gewandhauskonzerten unter Blomstedts Leitung noch die Aufführung der Kantate *Das ewige Evangelium* von Leos Janáček zum 150. Geburtstag des Komponisten hervorgehoben. Der große tschechische Meister vertonte diese Kombination von biblischen und theologischen Texten seines Landsmannes und Zeitgenossen Jaroslav Vrchlický als eindringliche Mahnung und grandiose Vision kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Die Worte bilden in Verbindung mit der beschwörenden, aufrüttelnden, dann aber wieder zärtlichen Musik Janáček eine

höchst aktuelle Kritik an allen gewaltsamen Geschehnissen der Geschichte, an Heuchelei und Demagogie. Zugleich fordern sie, endlich das Reich der Liebe, wahrer Menschenliebe zu schaffen.

Große Erlebnisse schufen auch die ersten Konzerte des MDR-Sinfonieorchesters und Chores. Dem 100. Todestag Antonín Dvoráks war die bewegende Aufführung des *Stabat mater* unter Fabio Luisi gewidmet. Zudem faszinierte Luisi mit einer weiteren Gustav-Mahler-Sinfonie, mit einer denkbar intensiven Gestaltung der *Fünften*.

Doch nicht nur die beiden großen Leipziger Orchester besicherten Großartiges, sondern auch kammermusikalische und solistische Konzerte beeindruckten. Das Neue Bachische Collegium musicum feierte unter seinem neuen Leiter Albrecht Winter in Anwesenheit seines Begründers Max Pommer sein 25-jähriges Bestehen. Der jetzige Leiter Albrecht Winter setzt auf seine Weise die Pionierarbeit seines Vorgängers fort. Indem er

Zeitgenossen Bachs wie Melchior Hoffmann, Johann Georg Pisendel, Georg Philipp Telemann ins Repertoire aufnimmt und stilsicher mit seinen Gewandhausmusikern darbietet, eröffnet er sich ein weites Feld. Er überzeugt dabei vom ersten Pult aus als impulsiv führender vorzüglicher Geiger.

Während dieses Collegium die historische Aufführungspraxis für das heutige Instrumentarium nutzbar macht, ist das 1995 gegründete Leipziger Barockorchester unter Leitung der Konzertmeisterin Konstanze Beyer auf dem besten Wege, Leipzig mit dem Musizieren auf historischen Instrumenten internationale Anerkennung zu gewinnen. Diesmal bot das Orchester ein Programm mit Werken von Bach, Händel, Telemann und Johann Ernst von Sachsen-Weimar. Für viele Zuhörer erwiesen sich vor allem Telemanns Originalwerke und Verarbeitung von Themen aus ihnen durch Händel als Entdeckung. Hier führt Konstanze Beyer vom

ersten Pult aus souverän und überzeugt zudem als Solistin.

Der Robert-und-Clara-Schumann-Verein wartete wieder mit einer Festwoche auf. Am Geburtstag Claras spielte Christina Brandner die Sonate g-Moll und zwei Scherzi der Künstlerin sowie die Sonate g-Moll von Robert Schumann. Am Hochzeitstag des Künstlerehepaars bot das Hyperion-Trio das erste Klaviertrio von Johannes Brahms in seiner Urfassung und das zweite von Robert Schumann. Ein einzigartiges Erlebnis bereitete die Aufführung der drei Klavierkonzerte von Robert Schumann auf einem vom Schumann-Verein erworbenen historischen Instrument aus der Werkstatt von Claras Onkel Wilhelm Wieck. Der Pianist Tobias Koch ließ zwingend erleben, wie weitgehend diese Werke von den Möglichkeiten der damaligen Instrumente geprägt sind, nicht allein durch deren wundervoll klingende Mittel- lage.

• **W. WOLF**

Er sah das vergangene Jahrhundert als Rotarmist, Historiker und Botschafter

Stefan Doernberg: Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters. edition ost, Berlin 2004. 288 Seiten, 14,90 Euro

Stefan Doernberg, Jahrgang 1924 und vielen älteren Lesern vor allem bekannt durch seine „Kurze Geschichte der DDR“, kann durchaus als ein Zeitzeuge des 20. Jahrhunderts gelten. Als Sohn assimilierter jüdischer Eltern – sein Vater war Kommunist und wurde bereits im Frühjahr 1933 von den Nazis verhaftet – erlebte er zusammen mit ihnen ab 1935 das politische Asyl in der Sowjetunion. Bevor er dann 1945 als Offizier der Roten Armee nach Deutschland zurückkehrte, hatte er in diesem Land „mit seinem recht unterentwickelten Sozialismus“, der dennoch „wie ein Leuchtturm“ wirkte, seine ihn prägenden Jugendjahre verbracht. Es waren beglückende Jahre, aber auch die bittere Zeit der stalinistischen Massenrepressalien. Hinzu kam: „Nicht wenige Ideen von Marx, Engels und Lenin wurden falsch ausgelegt. Es wurde nicht genügend bedacht“, schreibt Stefan Doernberg rück-

betrachtend, „was es bedeutete, dass die sozialistische Revolution zunächst in einem, zudem vormals so rückständigen Land gesiegt hatte.“ Und er hält Lenin, den er als kritischen und selbstkritischen Marxisten und Revolutionär charakterisiert, „unverändert für den bedeutendsten Politiker des 20. Jahrhunderts“. Ungeachtet aller Ängste und Härten, von denen auch er und seine Familie persönlich betroffen waren, schreibt er: „Ich begriff dieses Land als meine zweite Heimat, fühlte mich mit dem sozialistischen Staat mehr verbunden als mit Deutschland, jenem Staat, in dem ich geboren worden war, aber aus dem ich hatte fliehen müssen.“ Dieses Land gegen den faschistischen Aggressor mit zu verteidigen war ihm Bedürfnis. Doch so wie er kämpften nur wenige Deutsche in der Uniform der Roten Armee. Gegen Ende des Krieges, wie er meint, allenfalls 30 bis 40. Was er in dieser Zeit erlebt hat, liest sich spannend. Manches Detail ist auch dem Historiker kaum bekannt. Seine Schlussfolgerung: „Es gab die von mir benannten Deformationen der sozialistischen Idee und Praxis, dazu unentschuld-

bar. Und trotzdem: Ohne die Rote Armee, ohne die Sowjetunion, ohne ihre Millionen und Abermillionen Staatsbürger, die mehrheitlich sozialistisch dachten und handelten, wäre der Faschismus nicht gestoppt und vernichtet worden.“ Mehr noch, Doernberg meint, dass die Sowjetunion nicht dank, sondern trotz Stalin gesiegt habe. Nicht weniger spannend lesen sich die offeneren Kapitel zur Zeit nach der Beendigung des Krieges, insbesondere zur DDR, zu einzelnen Entwicklungen und Personen. In den Jahren seiner Botschaftertätigkeit in Helsinki hatte er mehr Begegnungen mit Mitgliedern des Politbüros, Ministern und Vorsitzenden von Blockparteien als je zuvor. Ob-



wohl ihnen die DDR und deren Schicksal Herzenssache war, konnte man, wie Doernberg schreibt, eine gewisse Ferne zu den Problemen der DDR-Bürger nicht übersehen. „Sie wus-

sten ungenügend, was die Menschen bewegte, hatten keine Vorstellung, wie neue Herausforderungen zu beantworten waren.“ Und er kommt zu dem schwerwiegenden Schluss: „Das intellektuelle Niveau war erschreckend. In Helsinki verlor ich mehr Illusionen als in den Jahrzehnten zuvor.“

So stellt Stefan Doernberg wohl mit vollem Recht fest, dass sich die Verkrustungen und Deformationen des Sozialismus als zu groß erwiesen, dass das theoretische und praktische Vermögen der Politiker, die auf sozialistischen Positionen beharrten und sie weiterentwickeln wollten, nicht ausreichte. Letztlich kam es, wie es kommen musste: „Das von der Oktoberrevolution 1917 aufgestoßene Fenster schloß sich wieder.“ Aber dennoch ist auch er der Meinung, was 1917 begann, musste so nicht enden. Die Entwicklung 1989/90 sei durchaus nicht alternativlos gewesen. Er ist der Ansicht, dass trotz vieler Deutungen und dokumentarischer Belege „weiterhin manches über Ursachen, Verlauf und Folgen der Ereignisse der ‚Wende‘ im Unklaren“ bleibt. Stefan Doernberg, der selbst dazu beitrug, dass das Eis des Kalten Krieges brach, schließt mit dem Satz: „Auf wenigen Seiten ist es unmöglich, der Flut dieser Publikationen Neues hinzuzufügen. Es sollte sich aber lohnen...“

• KURT SCHNEIDER

Klaus Eichner / Gotthold Schramm (Hrsg.): Spionage für den Frieden. edition ost, Berlin 2004. 184 Seiten, 10 Euro

Diente Spionage immer der Friedenssicherung?

Das Buch ist das Ergebnis einer Konferenz, die am 7. Mai 2004 in einer Kirche in Berlin-Kreuzberg stattgefunden hat. Referenten und Teilnehmer waren Historiker und einstige Spionagechefs, Geheimdienstexperten aus Ost und West, von denen einige noch im Dienst sind. Zu den 17 Autoren gehören u. a. Prof. Stefan Doernberg, Markus Wolf, Rainer Rupp, Milton Bearden, Gabriele Gast, Werner Großmann, Wolfgang Schwanitz und Erich Schmidt-Eenbohm. Ob Siegfried Prokop Recht hat, wenn er in seinen Schlussbemerkungen absolut postuliert:

„Jawohl, die Spionage hat der Sicherung des Friedens gedient, und es ist ja auch irgendwie ein Wunder, dass es nicht zum Kriege kam“, sollte jeder selbst prüfen. Zu Recht betonten mehrere Redner aus Ost und West, dass die Spionage Teil der Blockkonfrontation war, und da ist es wohl doch ein Unterschied, ob die eine Seite die friedliche Koexistenz als günstige Bedingung für ihre Entwicklung anstrebte und die andere Seite Roll-back-Politik betrieb. Nur auf dem historischen Hintergrund und dem Wissen um die bitteren Erfahrungen der

UdSSR 1941 wird erklärbar, warum – dargelegt von Oberst a. D. Korotkow, Generalmajor a. D. Alexander Karin, Reiner Rupp und Gabriele Gast – die sowjetische wie auch die DDR-Aufklärung es als obersten Auftrag betrachteten, zur Verhütung eines heißen Krieges beizutragen. So wie Spione im Dienste der NATO in ihren Regierungen durch nüchterne Analysen die Falken „gezügelt“ haben, kann der eine oder der andere im Detail auch zur Friedenssicherung beigetragen haben, aber das war und ist nicht imperialistische Politik. Gerade die Rolle der Ge-

heimdienste der USA und Israels beweisen das beim Krieg gegen den Irak und die Palästinenser vor aller Welt. Wolfgang Schwanitz erinnerte daran, dass der „Wandel durch Annäherung von außen und Wandel durch Widerstand von innen sich gegenseitig ergänzen“ sollten und Teil der aggressiven NATO-Politik waren. Markus Wolf äußerte sich zum Kampf gegen den Terrorismus in der Gegenwart, und Erich Schmidt-Eenboom trug eine eindrucksvolle Analyse der Rolle der Geheimdienste im Vorfeld, im Verlauf und in den Nachwirkungen des

Irak-Krieges vor. Seine Analyse erlaubt den Schluss, dass CIA und BND eine Gefahr für den Frieden sind: „Neu scheint allenfalls die Dreistigkeit, mit der Regierungen Geheimdienstinformationen frisieren, ignorieren oder uminterpretieren, neu vor allem die Nonchalance, mit der sie zur politischen Tagesordnung übergehen, wenn sie der Lüge überführt wurden. Neu ist auch – zumindest in diesem Umfang –, dass sich hohe Geheimdienstler teils öffentlich gegen die vorsätzliche Verfälschung ihrer Berichte wehren. Das hat die Nachrichtendienste allerdings nicht gehindert, auf den übrigen Aufgabenfeldern zu tun, was ihnen als ihre Pflicht erschien.“ Das Buch verdient höchste Aufmerksamkeit.

• HORST SCHNEIDER

Joachim Mitdank: Berlin zwischen Ost und West. Erinnerungen eines Diplomaten. Kai Homillius Verlag, Berlin 2004. 336 Seiten, 24,80 Euro

Protagonist in der Berlinfrage

Nach seinem 2003 erschienenen Buch „Die Berlinpolitik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989“ geht Joachim Mitdank nunmehr zunächst auf die Jahre 1943 bis 1945 ein. Nach den Siegen der Sowjetarmee über die faschistischen Okkupanten in Stalingrad

und am Kursker Bogen hielten es die Führungskreise der USA und Englands für notwendig, eine gemeinsame Konferenz mit der Sowjetunion durchzuführen. Stalin, Roosevelt und Churchill stimmten in Teheran ihre Pläne zur Vernichtung der deutschen Truppen ab. Hier wurde auch die Landung amerikanischer und britischer Truppen in der Normandie vereinbart. Mitdank widerlegt die Legende, dass die

Operation Overlord, die Landung alliierter Truppen in der Normandie, die Wende im Krieg gegen Deutschland bedeutete. „Die Wende zum Sieg über den Faschismus begann in Stalingrad“, resümiert Mitdank. In Teheran und danach in Jalta wurde für die Zeit nach dem Sieg über den Faschismus beschlossen, Deutschland in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren aufzuteilen. Damit

war, so meint Mitdank, der Keim für die späteren Berlin-Krisen gelegt worden. Der Autor erweitert sein Buch um weitere geschichtliche Details und eine Betrachtung der ersten deutschen Regierungschefs der Nachkriegszeit: Konrad Adenauer und Otto Grotewohl. Joachim Mitdank, gebürtiger Leipziger, war 36 Jahre als politischer Mitarbeiter im Ministe-

rium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR tätig. Er leitete u. a. die BRD-Abteilung, übernahm 1968 die Leitung der Abteilung Westberlin und hatte hohen Anteil an der politischen Gestaltung der sogenannten Westberlinpolitik der DDR. 1978 wurde er als Botschafter nach Finnland entsandt. Später war er Botschafter in London und Dublin. 1990 wurde der erfahrene Diplomat in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Seitdem ist er in der politischen Forschung und publizistisch tätig.

• FRANZ-KARL HITZE

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Arkadi Gurland

Zu erinnern ist an den sozialistischen Politikwissenschaftler Arkadi Gurland, der auch mit der Leipziger Universität und der Arbeiterbewegung in Leipzig verbunden war. In der DDR unbeachtet geblieben, ist Gurland auch in der BRD ein heute kaum noch genannter Name, denn er war ein Unbequemer: Sozialdemokrat und Marxist.

Als Sohn eines Ingenieurs am 1. September 1904 in Moskau geboren, siedelte er mit seiner Familie 1920 nach Deutschland über. In Berlin schloß er das Gymnasium ab und studierte dort und in Leipzig eine Vielzahl von Fächern: Mathematik, physikalische Chemie, Philosophie, Geschichte, Soziologie, Staats- und Arbeitsrecht. Die Lehrveranstaltungen des marxistischen Althistorikers Arthur Rosenberg vermittelten Gurland, der sich der SPD anschloss, eine genaue Kenntnis des historischen Materialismus. 1929 promovierte er in Leipzig mit der Arbeit „Produktionsweise – Staat – Klassendiktatur. Versuch einer immanenten Interpretation des Diktaturbegriffes der materialistischen Geschichtsauffassung“. Bereits 1925 hatte er die Schrift „Der proletarische Klassenkampf in der Gegenwart“ veröffentlicht. 1931 erschien „Das Heute der proletarischen Aktion“. Gurland sprach sich entschieden für eine stärkere Besinnung auf den Marxismus innerhalb der SPD aus.

Er entfaltete eine umfangreiche publizistische Tätigkeit, so für die „Leipziger Volkszeitung“, die Chemnitzer „Volksstimme“ und andere SPD-Organe. Seinen Lebensunterhalt verdiente er als Übersetzer und in der Arbeiterbildung, bis er 1933 aus Deutschland fliehen musste. Zunächst arbeitete Gurland in Paris bei der „Documentation de statistique sociale et économique“ und der Zeitschrift „Freies Deutschland“. 1940 gelang ihm die Emigration nach New York. Dort fand er eine Anstellung an dem von Max Horkheimer geleiteten Institute for Social Research. 1946 wurde er amerikanischer Staatsbürger. Von 1947 bis 1949 war er Mitarbeiter einer US-Regierungskommission zur Beobachtung von Bürokratisierungstendenzen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. 1952 veröffentlichte er eine Studie über „Political Science in Western Germany“. Ein Jahr darauf erschien „Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953“, die erste kritische Untersuchung.

1950 wurde er Professor an der Freien Universität Berlin, ging aber 1954 in die USA zurück. Unter anderem schrieb er hier eine umfangreiche Arbeit über den Zusammenhang von Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR, die noch unveröffentlicht ist. 1962 erhielt er eine Professur für Politische Wissenschaft an der TH Darmstadt. Die letzten Jahre waren von Konflikten mit der Studentengeneration der „Achtundsechziger“ überschattet. Bis zuletzt kritischer Marxist, starb Gurland am 27. März 1979.

• MARIO KEHLER

Viel mehr als das Stigma des Renegaten, das ihm Lenin eingebrannt hatte, war den meisten in der DDR nicht bekannt über Karl Kautsky, obgleich eine seiner Schriften, *Das Erfurter Programm*, noch 1965 im Dietz-Verlag eine Neuauflage erfahren hatte. Karl Kautsky, am 16. Oktober 1854 in Prag geboren und am 17. Oktober 1938 im Amsterdamer Exil gestorben, war gewiss einer der umstrittensten sozialdemokratischen Theoretiker. Heute ist er, nach einer sehr kurzen Renaissance im Gefolge der Auflösung des Sowjetblocks, wieder an der Rand der Debatten gedrängt.

Kautsky, als Sohn eines Theaterdekorateurs und einer Schriftstellerin zweisprachig in Prag, Wien und als Gymnasiast im Benediktinerkloster Melk aufgewachsen, studierte kurz Geschichte, Jura und Nationalökonomie an der Universität Wien. Er beendete sein Studium jedoch ohne Abschluss – die akademische Ochsentour war ihm ebenso fremd wie die Vorstellung einer Anwaltstätigkeit – und ging als Mitarbeiter des Sozialreformers Karl Höchberg nach Zürich. Seit 1880 schrieb er für sozialdemokratische Blätter. 1882 ging er nach Berlin. Er wurde einer der produktivsten politischen Schriftsteller seiner Zeit: Nicht weniger als 1700 Publikationen, darunter über zwei Dutzend größere Bücher, zählt sein Werk.

Von 1883 bis 1917 war Kautsky Chefredakteur der Neuen Zeit, des damals wichtigsten theoretischen Organs des deutschen und europäischen Sozialismus. Er wandte sich gegen den Revisionismus Eduard Bernsteins, der das marxistische Klassenkampfschema als unzeitgemäß

Renegat Kautsky?

Vor 150 Jahren geboren

für die sozialistische Politik im 20. Jahrhundert ablehnte (*Bernstein und das sozialdemokratische Programm*, 1899). Kautsky griff jedoch auch die marxistische Linke um Rosa Luxemburg, August Thalheimer und Franz Mehring an, deren Erwartung auf eine nahe bevorstehen-



de sozialistische Revolution er nicht teilte (*Der politische Massenstreik*, 1914). Die Bedingungen für den Sozialismus würden „naturnotwendig“ im Hochkapitalismus heranreifen; die Machtübernahme durch das Proletariat stünde am Ende eines langen Entwicklungsprozesses, bei dem sich der Kapitalismus aufgrund seiner Widersprüche gewissermaßen von selbst auflösen würde.

Kautskys Geschichtssicht blieb nicht ohne Wirkung, verbreitete sie doch Zuversicht im Hinblick auf den letzten Erfolg der Arbeiterbewegung. Diese Auffassung durchzog wie ein roter

Faden seine Bücher. Außer den bereits genannten seien angeführt: *Die Vorläufer des neueren Sozialismus* (1895), *Die Agrarfrage* (1899), *Die soziale Revolution* (1902), *Sozialismus und Kolonialpolitik* (1907), *Nationalität und Internationalität* (1908), *Der Weg zur Macht* (1909), *Rasse und Judentum* (1914). Kautsky wandte sich gegen eine sogenannte „sozialistische Kolonialpolitik“, die den Kolonialismus bagatellierte, und unterstützte den nationalen Emanzipationskampf der Juden in Osteuropa, hielt indes das Palästina-Projekt des Zionismus für unrealistisch. Im Ersten Weltkrieg unterstützte Kautsky zunächst, wenn gleich nicht bedingungslos, die Position des SPD-Parteivorstandes, der sich für die „Vaterlandsverteidigung“ ausgesprochen hatte. Schließlich wurde Kautsky zum Kriegsgegner und war 1917 Mitbegründer der USPD. 1922 kehrte er zur SPD zurück.

Kautsky war ein Gegner der Oktoberrevolution, die er für verfrüht hielt. Das bolschewistische Experiment, weit davon entfernt, die Probleme Russlands zu lösen, könne sich nur als terroristische Diktatur halten. Der Bolschewismus diskreditiere den Sozialismus. Lenin und Trotzki hielten dem entgegen, daß die Alternative zur Sowjetmacht keine parlamentarisch-sozialistische Republik sei, wie sie Kautsky vorschwebte, sondern der blutige Triumph der Konterrevolution. In einer

Reihe von Büchern griff Kautsky das Sowjetregime scharf an: *Terrorismus und Kommunismus*, 1919; *Von der Demokratie zur Staatsklaverei*, 1921; *Der Bolschewismus in der Sackgasse*, 1930. Er sah als Ergebnis der Oktoberrevolution einen Rückfall Russlands hinter den Kapitalismus.

In der Zeit der deutschen Novemberrevolution Staatssekretär im Auswärtigen Amt, veröffentlichte Kautsky 1919 die erste Dokumentation über den Kriegsbeginn, die den Kriegskurs der deutschen Militärs und Diplomaten offenlegte. In den Jahren 1920 und 1921 war er zeitweilig Berater der von den Menschewiki geführten Regierung der Republik Georgien, die mit dem Einmarsch der Roten Armee nach dem Bürgerkrieg ihre zeitweilige Selbständigkeit verlor.

Seit 1924 lebte Kautsky wieder in Wien und veröffentlichte 1927 sein theoretisches Hauptwerk über *Die materialistische Geschichtsauffassung*. Darin wiederholte er seine strikt deterministische Interpretation der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus. Kautsky sah früh die Gefahr des Faschismus, lehnte eine Einheitsfront mit den Kommunisten jedoch ab. Der deutsche Einmarsch in Österreich machte Kautsky zum Flüchtling. Holländische Genossen nahmen ihn auf. Seine Frau Luise, die jüdischer Herkunft war, wurde aus Amsterdam nach Auschwitz deportiert und dort als Achtzigjährige 1944 ermordet. Kautskys Sohn Benedikt überlebte das Konzentrationslager Buchenwald, seinem Enkel John gelang die Emigration in die USA.

• MARIO KEHLER

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (31)

Im April 1970 wurde im Zentrum-Südost durch die Vergabe des Straßennamens „Tarostraße“ einer jungen Leipziger Sozialistin und Jüdin ein Denkmal gesetzt. Gerta Pohorylle, so der eigentliche Name jener jungen Frau, war am 1. 8. 1910 in Stuttgart geboren worden. Ihr Vater hatte Mitte der zwanziger Jahre in Leipzig an der Berliner Straße die Firma Eier-Import Pohorylle & Brüder Born gegründet und seiner Familie in der Springerstraße 32 eine standesgemäße Wohnung angemietet. Gerta war zu diesem Zeitpunkt nicht nur eine außergewöhnlich schöne und gebildete junge Dame, sie war darüber hinaus elegant und äußerst modebewusst. Hier in Leipzig besuchte sie die Gaudigschule und kam schon sehr bald mit dem „Sozialistischen Schülerbund“ und linken Studenten und Schülern in Berührung. Aus dem unbekümmerten Teenager entwickelte sich in wenigen Jahren eine politisch interessierte, antifaschistisch orientierte junge Frau. Als nach

der Übernahme der Macht durch die Nazis ihre beiden Brüder von der SA „abgeholt“ werden sollten, waren sie bereits „untergetaucht“. Das SA-Rollkommando nahm daraufhin Gerta mit und brachten sie ins

Tarostraße

Polizeigefängnis Wächterstraße. Wenn sie auch bald wieder freigelassen werden musste, hatte sie doch hautnahe Bekanntschaft mit dem Nationalsozialismus gemacht. Ihr wurde klar, dass sie als Jüdin und Sozialistin dieses Deutschland schnell verlassen musste.

Völlig ohne finanzielle Mittel traf sie im Herbst 1933 in Paris ein und erlebte nun alle Widrigkeiten des Emigrantendaseins: Hunger, Unterkunftsprobleme, fehlende Arbeitserlaubnis, Angst vor der Ausweisung, Im-Abseits-Stehen. Dabei hatte sie noch Glück, denn sie sprach fließend französisch, war ungebunden und hatte die Unterstüt-

zung vieler Freunde. Im September 1934 lernte sie den ungarischen Fotografen Andre Friedmann kennen. Er gab ihr die ersten Fototipps, und als es ihr gelang in einer Fotoagentur Arbeit zu bekommen, war ihr weiterer Weg bestimmt. Sie wurde Fotografin und erhielt im Februar 1936 ihren ersten Presseausweis. Da mit den Namen Friedmann und Pohorylle kaum Bilder zu verkaufen waren, legten sie sich die Künstlernamen Robert Capa und Gerta Taro zu. Unter diesen Namen wurden sie bekannt und Capa später weltberühmt.

Als am 18. Juli 1936 faschistischer Generale gegen die rechtmäßig gewählte spanische Regierung putschten, wollten Gerta und Robert sofort als Fotoreporter an die Front. Am 5. August 1936 trafen sie im Auftrag der französischen Zeitung „Regards“ in Barcelona ein und begannen ihre Arbeit, wenn auch hinter der Front. Aber Gerta Taro zog es zur kämpfenden Truppe. An der Guadalajara-

front erlebte sie die verheerenden Luftangriffe der deutschen Legion Condor. Nach den Bomben kamen die Jagdflieger. Sie belegten die Flüchtenden, die Verwundeten und die in Panik Geratene mit MG-Feuern und Bomben. Neben dem Auto an dem Gerta Taro in dieser Situation hing geriet ein Panzer ins Schlingern. Er streifte das Auto, riss Gerta vom Trittbrett und zerquetschte ihr mit seinen Ketten den Unterleib. Sie wurde sofort geborgen und ins britische Feldspital der 35. Division gebracht. Alle Bluttransfusionen und Operationen waren jedoch vergebens, sie verstarb am Morgen des 26. Juli 1937. Zwei Tage später wurde sie in Valencia aufgebahrt und in einem offiziellen Trauerakt aus Spanien verabschiedet. Von hier wurde sie nach Paris überführt und es folgte eine überwältigende Trauerfeier, die wohl allen bekannten und unbekanntenen Toten dieses Krieges gewidmet war.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
KLAUS HUHN

Ehrlich: Man weiß nicht, wo man anfangen soll, wenn man die Sportszene vor Augen hat. Zum Beispiel diese deutschen Glanzreiter. Dass in Athen eine von ihnen den falschen Weg gewählt hatte und deshalb die Goldmedaille wieder abgeben musste, betrachtete man allgemein als Betriebsunfall, ausgelöst vielleicht sogar durch den Neid anderer, die die ewigen deutschen Reitersiege nicht mehr ertragen konnten. Aber nun das: Doping. Natürlich versichern alle, dass es sich nur um einen Irrtum handeln kann. Der Ex-Weltmeister Franke Sloothaak brachte die Dinge auf den Punkt, als er den Journalisten in den Block diktierte: „Wir setzen doch Medikamente und Salben nicht zur Leistungssteigerung bei unseren Pferden ein. Wir wollen doch gesunde Pferde für unseren Sport haben.“ Und so weiter. Alles einleuchtend. Dass in die Salben Dopingmedikamente gerührt worden waren, konnte schließlich niemand wissen. Nicht einmal die Ärzte waren darauf gekommen. Die Vielseitigkeitsreiterin Bettina Hoy erinnerte sich: „Ich habe mich auf die Erlaubnis unseres Arztes verlassen, der sich vorher bei einem der Tierärzte der FEI (Reiter-Weltverband – K. H.) erkundigt hatte, ob diese Behandlung erlaubt sei.“ War sie angeblich. Nun staunen alle, dass das Salbenmedika-

ment verboten war. Warum ich diesem Thema so viel Aufmerksamkeit widme, obwohl Leipzig und Umgebung nicht gerade als Zentrum des deutschen Pferdesports gelten? Weil ich mir – unverbesserlicher Nostalgiker – eine Sekunde vorgestellt habe, wie wohl die Kommentare ausgefallen wären, wenn sich die Affäre vor einigen Jahren zugetragen und die Reiter aus der DDR gekommen wären. Natürlich stünden alle Stallburschen in Diensten des

auch unüberhörbare Hinweise auf die DDR-Vergangenheit des Reinhard Heß, obwohl der vorsichtige Distanzierungen zur DDR formuliert hatte und demzufolge auch eines Tages in den Genuss des Bundesverdienstkreuzes gelangte. Das einfachste Verfahren wäre gewesen, Heß so kurz vor der Weltmeisterschaft zurückzuholen und oder ihm wenigstens eine Rückkehr vorzuschlagen. Darüber fand ich nirgends eine Silbe und verzichte auch auf jeden Kommentar. So ist

Sportkolumne

Von Pferden und Mattenschanzen und Problemen

MfS, der Arzt natürlich im Offiziersrang. Offen blieb in diesem Fall nur die Frage, wo man die Pferde hätte einordnen müssen? Stasi-Pferde – das hatten wir noch nicht. Ich bin aber absolut sicher, dass sie eines Tages in irgendeiner Akte aufgetaucht wären. Das sei ein wenig abwegig gedacht? Na und, bei der Abwegigkeit dieser Kampagne ist die Skala nach oben offen.

Das nächste Thema ist nicht minder gewagt. Rund 100 Tage vor den Skiweltmeisterschaften in den Nordischen Disziplinen in Oberstdorf hat der Skiverband den Sprunglauftrainer Wolfgang Steiert gefeuert und dessen Co-Trainer Peter Rowein zum Cheftrainer befördert. Man habe festgestellt, dass Steiert auf solide Analysen verzichtet hatte und wissenschaftliche Auswertungen ignorierte. Was kurioserweise niemand erwähnte: Steiert war der Nachfolger des ob seiner soliden Analysen gerühmten Trainers Reinhard Heß gewesen, und als man den gefeuert hatte, lieferte Steiert bedenkliche Kommentare. Aus seiner Umgebung kamen

das Leben heutzutage eben. Und weil wir schon mal beim Skisport gelandet sind, will ich noch erwähnen, dass auch dort Jubiläen gefeiert wurden. In Zella-Mehlis begingen sie den 50. Jahrestag der Gründung des „Motor“-Klubs, dessen Ruhm Männer wie Helmut Recknagel in die Welt trugen. Und auch der erste Mattensprunglauf der Welt wird am 21. November ein halbes Jahrhundert her sein. Der unvergessene Hans Renner saß neben mir im Zug aus Sassnitz, der die DDR-Teilnehmer an der Ski-Weltmeisterschaft 1954 in Falun wieder nach Hause brachte, und sein Fazit des fatalen Abschneidens in der Selma-Lagerlöf-Heimat zog er mit den Worten: „Ohne Schnee schaffen wir es nie, also müssen wir einen Schneersatz finden.“ Er suchte und fand ihn, und als er ihn das erste Mal auf der Oberhofer Jugendschanze ausprobierte, war sogar der 127-m-Springer Sepp Weiler neugierig aus dem Allgäu gekommen und flüsterte Renner zu: „Du hast es geschafft!“ Wirklich genug Gründe, diese Tage zu feiern.

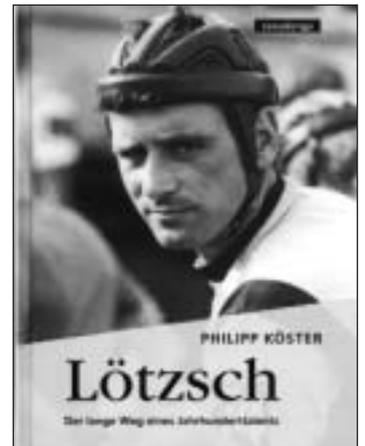
Jahrhunderttalent?

Auf etwas mehr als 150 Textseiten wird über den Weg Wolfgang Lötzschs zum Spitzenradfahrer in zum Teil zu kurzen Episoden berichtet.

Ohne Bezug auf die konkreten innen- und außenpolitischen Bedingungen wird über die anfängliche Förderung und spätere massive Behinderung des Sportlers berichtet. Grundlage sind eine nahezu 1500-seitige Akte zum Vorgang „Speiche“ des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Gespräche und Dokumente von Begleitern Wolfgang Lötzschs.

Lötzsch begann seine Sportlaufbahn als Bahn- und Straßenradfahrer beim SC Karl-Marx-Stadt und wurde von dort im Jahr 1971 in den sogenannten Volkssport versetzt – zu einem Zeitpunkt, als er sich auf die Olympischen Spiele 1972 vorbereitete. Sein Ausreisearbeit, dem die DDR-Behörden nicht stattgaben, hat damit zu tun. Im Oktober 1995 erhielt er das Bundesverdienstkreuz, „weil er dem Unrechtsstaat widerstanden hat“.

• RALF FIEBELKORN



Philipp Köster: Lötzsch. Der lange Weg eines Jahrhunderttalents. Covadonga Verlag, Bielefeld 2004. 256 Seiten, 19,80 Euro

„Athen 2004 – Unser Olympiabuch“

Der Verlag *Das Neue Berlin* hat es wieder geschafft. Kurz nach Beendigung der Olympischen Spiele in Athen lag ein reich bebildertes Buch mit umfangreichen Statistikeil auf dem Ladentisch. Das ist Olympischer Rekord im Buchhandel. Kristin Otto und Heinz Florian Oertel haben gemeinsam mit 29 weiteren Autoren, darunter aktuellen und ehemaligen Spitzensportlern, interessante Erlebnisse, Begebenheiten und Geschichten zusammengetragen.

Jan Ullrich z. B. stellt im Buch fest: „Die Olympischen Spiele ... wurden für mich nicht gerade zu einer Triumphfahrt“. Nach Gold und Silber vor vier Jahren ging er diesmal leer aus. Nach Sydney nahm Birgit Fischer als siebenmalige Olympiasiegerin ihren Abschied. Die internationale Kanutenkonkurrenz atmete auf. Endlich durften auch mal andere gewinnen. Doch in Athen gab es Gold Nr. 8 für Birgit Fischer im K4 über 500 m und eine erneute Kampfansage an die deutschen und internationalen Kanutinnen. Für Birgit Fischer ist Peking „eine interessante Stadt und die Olympiade auch“. Für die Autoren des Buches steht bei erneuter Olympia-Teilnahme Birgit Fischers das Titelbild für das Olympiabuch 2008 sicher schon fest: Birgit Fischer. Eigentlich sollte sie es bereits auf diesem Buch sein – als Medaillengewinnerin in Athen, doch ihre Wettkämpfe fanden zu spät für den Druck des Buches statt. • RALF FIEBELKORN



Kristin Otto, Heinz Florian Oertel: Athen 2004 – Unser Olympiabuch. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2004. 240 Seiten, 19,90 Euro

LN verlost 3 Bücher für nur drei richtig beantwortete Fragen

- 1972 startete der Schwimmer Mark Spitz aus den USA siebenmal, genauso viele Goldmedaillen brachte er aus München mit nach Hause. 1988 startete eine Leipziger Schwimmerin sechsmal und brachte 6 Goldmedaillen aus Seoul mit. Wer war es?
a) Gabriele Wetzko
b) Kornelia Ender
c) Kristin Otto
- Jan Schur gewann 1988 im 100-km-Mannschaftszeitfahren die Goldmedaille. Auch sein Vater nahm an den olympischen Spielen teil. Wann gewann Gustav Adolf Schur, „Täve“, die Silbermedaille in der gleichen Sportart?
a) 1956 in Melbourne
b) 1960 in Rom
c) 1964 in Tokio
- Ein Leipziger Bahnradsportler durfte trotz erfüllter Leistungskriterien nicht an den Olympischen Spielen in Athen teilnehmen. Er gewann 1992 und 2000 jeweils in der 4000-m-Einzelverfolgung Silber und mit der Mannschaft Gold. Nach der Olympiade wurde er Anfang September zum zehnten Mal Deutscher Meister. Wer war es?
a) Jens Lehmann
b) Robert Bartko
c) Jens Fiedler

Der Verlag *Das Neue Berlin* gibt LN die Möglichkeit, drei Bücher „Athen 2004 – Unser Olympiabuch“ zu verlosen. Dazu müssen Sie nur die drei obigen Fragen beantworten. Die richtigen Antworten schicken Sie an die Redaktion unserer Zeitung (04107 Leipzig, Braustraße 15) und schon haben Sie die Möglichkeit, einen der Bände zu gewinnen. Der Rechtsweg ist bei der Verlosung ausgeschlossen.

Einsendeschluss: 30. 10. 2004

BEI ANDEREN GELESEN

200 Mitarbeiter des Universitätsklinikums Leipzig verweigerten gestern Nachmittag (am 30. September – LN) in der Liebigstraße die Arbeit. Die Gewerkschaft Verdi hatte vor dem Bettenhaus zur Protestaktion aufgerufen. Die Demonstranten forderten eine längst fällige Lohnangleichung und den Stopp des Stellenabbaus. Zudem stellten sie klar, dass die Kliniken keine Autowerkstätten sind. Vor-

„Menschen sind mehr als Maschinen“

standschef Elmar Keller hatte den Vergleich ... angestellt.

Trotz strahlender Herbstsonne hatten die Mitarbeiter der Uni-Klinik finstere Mienen aufgesetzt. Die Gewerkschaft Verdi forderte unter dem Motto „Menschen sind mehr als Maschinen“ die seit zwei Jahren ausstehende Lohnangleichung von der Klinikleitung. Gewerkschaftssekretär Horst Müller monierte die drei unterschiedlichen Gehaltsmodelle: „Ärzte bekommen den aktuellen Tariflohn, ältere Mitarbeiter das Gehalt von 2002 und Neueingestellte erhalten seit 2003 überhaupt keinen Tarifvertrag mehr. Wir wollen alle wieder unter ein Dach bringen.“ ...

FRANK SCHÜTZE
IN LVZ VOM 1. 10.04

Ich bin sowohl mit dem Wahlergebnis der PDS in Brandenburg als auch hier in Sachsen zufrieden. Die gehässigen, für uns oftmals beleidigenden Bemerkungen der westdeutsch dominierten Medien zu unserem Verhalten gegenüber den Parteien und der so gelobten deutschen Einheit haben in den Wochen vor der Wahl die Ostdeutschen ebenso wenig beeindrucken können wie die Hetze gegen Professor Peter Porsch, so zu wählen, wie sie nun gewählt haben oder einfach den Wahllokalen fernzubleiben. Ich habe in der Zeit vor den Wahlen kaum etwas Aufklärendes in diesen Medien dazu gehört oder gelesen, dass auch zwei erfolgversprechende Nazi-Parteien zur Wahl antraten. Ein überzeugender Hinweis auf ihre Demokratiefeindlichkeit und Gefährlichkeit für ganz Deutschland fehlte, ja man verstieg sich sogar dazu, die PDS mit diesen aus Westdeutschland herübergespülten beiden Parteien gleichzusetzen. Mit großer Enttäuschung musste ich vernehmen, dass sich auch der Gewandhaus-Chefdirigent dieser völlig deplatzierten Meinung nicht versagen konnte.

Am 25. September fand in Chemnitz die antifaschistische Demo „Schöner leben ohne Naziläden“ statt. Angemeldet von den PDS-Landtagsabgeordneten Klaus Bartl und Kerstin Köditz. Das Demo-Ziel war der Naziladen Blacknoise und PC Versand. Sie wandte sich gegen den Vertrieb von eindeutig rechter und rechtsradikaler Kleidung, Musik und diverser Accessoires.

Am Laden erwarteten uns die Nazis, die uns sofort mit Äpfeln bewarfen. Aber das war erst der Anfang. Die zwei Hundertschaften Polizei, die zu unserem Schutz eingesetzt waren, schaff-

Nicht auch noch den Antikommunismus überstülpen lassen!

Neuerdings glaubten Nachrichtensprecherinnen und -sprecher von ARD und ZDF wieder daran erinnern zu müssen, dass die PDS das Brandmal als Nachfolgepartei der SED trage. Immer, wenn ich das höre, bin ich geneigt, zurückzufragen, welche Nachfolge die nach 1945 unter Adenauer neu gebildeten Parteien angetreten haben. Waren sie nicht Auffangbecken für Mitglieder der NSDAP? Wo sollten sie auch hin. Die KPD hatte man zwar zugelassen, aber sofort unter Kuratel gestellt und bereits 1956 verboten. Mir ist nicht bekannt, dass dieses Verbot inzwischen aufgehoben worden sei.

Das alles macht mich betroffen, nicht allein, weil uns Ostdeutschen und gelernten DDR-Bürgern nun auch der Antikommunismus der BRD übergestülpt

werden soll, sondern weil mit diesem mehr als deutlichen Angriffen auf die Demokratie das braune Gebräu gesellschaftsfähig gemacht wird. Die antikommunistische Einstellung, die Grundtorheit des Jahrhunderts, wie Thomas Mann 1943 am 10. Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nazis den Antikommunismus nannte, hatte die BRD ja bei Adenauer zusammen mit einer großen Anzahl hoher Nazijuristen, -beamten und -würdenträgern vom „Tausendjährigen Reich“ übernommen. Nun soll er auch in Ostdeutschland gesellschaftsfähig werden.

Nach den beiden Landtagswahlen ist es deshalb besonders heuchlerisch, wenn die westdeutsch dominierten Medien nun wegen des relativ hohen Stimmengewinns von DVU und

NPD Krokodilstränen verströmen.

Den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Michael Rogowski, ficht das ohnehin nicht an. Im Gegenteil: Die PDS bereite ihm größere Sorgen als NPD und DVU. Bessere Unterstützung können diese beiden Naziparteien nun wirklich nicht erwarten bei ihrer Vorbereitung zum Einzug auch in den Bundestag 2006.

Zu erinnern sei an dieser Stelle, dass die Nazis 1932 ebenfalls Unterstützung aus der rechtslastigen Mitte der Gesellschaft erhielten. Und ich bin mir nicht sicher, ob nicht auch der Bundeskanzler mit seiner Eröffnung der Flick-Ausstellung in Berlin und seiner Bemerkung, dass Fragen der Vergangenheit nicht anhand dieser hier gezeigten Kunstwerke diskutiert werden sollten, ungewollt die Gefahr des Neofaschismus negiert hat. Etwas mehr Fingerspitzengefühl hätte ich Herrn Schröder gewünscht, aber er kann nun einmal nicht aus dem Schatten der Industriebosse ausbrechen.

SIEGFRIED MÜLLER
LEIPZIG

Auf das Schlimmste einstellen!

ten es nicht, uns vor den Angriffen schützen.

Erst recht nicht, als den Äpfeln Steine, Flaschen und Stöcke folgten und rund 200 Nazis in die Demo eindringen und mehrere Demonstranten verletzten. Wir wehrten uns natürlich, so dass es am Ende auf beiden Seiten blutige Nasen gab.

Als ein Nazi den rechten Arm hob und Sieg Heil brüllte, wurde

er von Polizisten abgeführt. Am Ende der Demo wurden wir, von der Polizei beschützt, zum Ausgangspunkt geführt. Wir brauchten sogar Polizeischutz, um zu unserem Auto zu gelangen. Die nächste Demo findet am 27. November in Pirna statt. Wie dann das Kräfteverhältnis zwischen Polizei und Nazis ausfällt, wird sich zeigen.

Wichtig ist es mir vor allem darauf hinzuweisen, dass die Qualität der Naziaktionen (nicht zuletzt dank ihres Einzugs in den Landtag) in Sachsen eine ganz neue ist. Wir sollten uns auf das Schlimmste einstellen.

MARTIN BERTRAM

Kommt zum Prozess gegen RINGO EHLERT

Landgericht Neubrandenburg am 26. Oktober ab 10 Uhr. Mitfahrgelegenheiten, Fragen, Infos: 0174-6923274 oder www.FDJ.de

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Die Interpretationen der CDU- und SPD-Spitze zu den Wahlmotiven und Wahlergebnissen finde ich ungeheuerlich. Wenn die Herrschenden eine Politik gegen Teile des Volkes machen, dann ist es m. E. eben gerade jene Politik, die die Demokratie demoniert. Es ist schockierend, wie die im Westen vorherrschende Fehlinterpretation des Nazimachantrits – angeblich ein Ergebnis der Demokratiedemontage von rechts und links – die Logik heutiger Fehlinterpretationen leitet. In der politischen Kultur dieser Republik/West sind leider der Antikommunismus und die Mythen über die Demokratie bei sehr, sehr vielen handlungsleitend. Es gibt wenig brauchbare Argumente gegen die Gesellschaftskritik der Nazis, die das Alltagsdenken der auf dem Wege nach rechts befindlichen Menschen erreichen können, wenn die Herrschenden weiter so demagogisch auftreten und eine Demokratie, die sie selbst missbrauchen und aus der strukturell die Wirtschaft ausgeschlossen ist, apologetisch verherrlichen. Wenn eine volksfeindliche Politik betrieben wird, dann ist diese das beste Argument für die Nazis.

Die Argumente gegen die PDS können widersprüchlicher nicht sein. Da, wo sie mitregiert, wirft man ihr die verfassungsrechtlich geforderte Umsetzung von Bun-

Wenn Mythen über Demokratie handlungsleitend sind ...

desgesetzes vor (Hartz); Müntefering findet dann die gleichzeitige Organisation von Protest als schizophoren. Andererseits behaupten die Sozialdemokraten in internen Gesprächen (H. J. Vogel), die Wirtschaft würde sie erpressen. Wenn sie das so sehen, dann müssten sie doch die Mehrheitsbevölkerung mobilisieren.

Wo eine Mitregierung droht, erschreckt man die Wähler mit zwei Behauptungen: Erstens würde die PDS die Planwirtschaft wieder einführen und zweitens würde die Wirtschaft ein PDS-regiertes Bundesland meiden. Letzteres ist möglich, aber aus politischen Erwägungen, nicht aus wirtschaftlichen, denn wo sich Geld verdienen lässt, ist man allemal dabei, auch in der prächtigsten Diktatur.

Aus meiner Sicht ist Hartz IV ein Symptom für unter anderem folgende strategische Überlegungen der Herrschenden:

Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahrzehnten weiter steigen. Bis 2030, bei Berücksichtigung des die Arbeitslosigkeit abschwächenden wachsenden Anteils der Älteren, auf 8–10 Millionen mindestens.

Längerfristig gibt es viele Gründe, die gegen nationalstaatlich eingehogtes Wirtschaftswachstum sprechen. Gewinne werden im Ausland, auf neuen Märkten durch Kapitalexpert und Produktion auf den neuen Märkten erzielt. Die erwarteten Zuwächse sind größer als die zu erwartenden Verluste durch in Deutschland ausfallende Nachfrage. Faktische Mindestlöhne müssen nach dieser Denkart sinken, wenn

nicht die Arbeitslosigkeit ein die Gesellschaftsordnung/Herrschaftsverhältnisse destabilisierendes Ausmaß erhalten soll. Es gibt in der Gesellschaft für deren Erhaltung notwendige Arbeiten, die sich nicht kapitalistisch „rechnen“. Machtsicherung erfordert aber, diese Arbeiten (niedere, personennahe Dienstleistungen – Pflege, Gesundheit, Hauswirtschaft für hoch belastete und mobile Arbeitskräfte; Umwelt, innere Sicherheit u.a.) dennoch zu verrichten. Darauf sollen die nicht am Arbeitsmarkt nachgefragten arbeitsfähigen Menschen eingestellt werden.

BERND WITTICH, RÖDERSH.-GRONAU



Zehntausende Hartz-Gegner demonstrieren am 2. Oktober in Berlin gegen die „Reform“ genannte Umverteilung von unten nach oben. Unter ihnen auch die PDS-Spitze mit Wolfgang Methling, Angelika Gramkow, Lothar Bisky, Stefan Liebich ...

(v. r.) Foto: G. Eiltzer

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 
 ☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Terminänderung **Terminänderung**

Sonnabend, 16. Oktober: Der Treffpunkt für die Exkursion zur Nietzsche-Gedenkstätte wurde von 9.30 Uhr auf 14 Uhr (Kirche Röcken) verlegt

Donnerstag, 21. Oktober, 17.30 Uhr, Leipzig
Die russische Sektion des EKKI. Staat im Staate? Mit Dr. Olaf Kirchner, Hannover ***
 Harkortstr. 10

Freitag, 22., 19 Uhr und Sonnabend, 23. Oktober, Dresden
Kommunalfinanzen – Machtinstrument Haushalt. Mit Alexander Thomas, ehem. Stadtkämmerer, JBW Dresden und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Anmeldung: kontakt@jugendbildungswerk.de. Teilnehmerzahl begrenzt auf 15
 Jugendherberge „Rudi Arndt“, Rudi-Hübner-Str. 11

Sonnabend, 23. bis Sonntag, 24. Oktober, Leipzig
 Seminar **Kritische Theorie und Antisemitismus.** Referenten: Martin Dornis und Hannes G. Roter Baum e. V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Information und Anmeldung: www.deine-denkfabrik.de/kritische-theorie.htm
 Freier Kindergarten, Lobstädter Str. 14

Dienstag, 26. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz
Die Wahrheitskommission in Südafrika. Mit Frau Prof. Pumla Gobodo-Madikizela, Universität Cape Town. In Zusammenarbeit mit Prof. Belardi
 Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Dienstag, 26. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Die „Erfindung“ Österreichs durch die Nationalgeschichtsschreibung. Mit Prof. Dr. Brigitte Mazohl-Wallnig, Universität Innsbruck, Leiterin des Lehrstuhls für Geschichte Österreichs. Moderation: Dr. Gerald Diesener. In Zusammenarbeit mit der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e. V.
 Harkortstr. 10

Mittwoch, 27. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Wie Karl Barth Ludwig Feuerbach rezipiert. Mit Dr. W. Wittenberger, Leipzig
 Harkortstr. 10

Donnerstag, 28. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Kann man die Gesellschaft menschlich gestalten? Mit Dr. Karl-Heinz Rother, Leipzig
 Harkortstr. 10

Donnerstag, 28. Oktober, 19 Uhr, Dresden
 Buchvorstellung und Diskussion: **Mühe und Muße. Grundsicherung, Grundeinkommen, sozialökologischer Umbau der Gesellschaft.** Mit dem Autor Jens-Eberhard Jahn (Sprachsoziologe, AG Betrieb & Gewerkschaft in der PDS)
 „WIR AG“ Martin-Luther-Str. 21

*** Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

ISOR e. V.

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.
 Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistr. 18, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Fest des politischen Liedes
 27.11., ab 19 Uhr

Aus Anlaß der 30. Geburtstage der Singebude "Ernesto Che Guevara" e.V. und "Die Marbacher" findet am Sonnabend, dem 27. November, im Haus der Russischen Kultur und Bildung in Berlin, Friedhofstr. 17/17/18, ein "Fest des politischen Liedes" statt.

Wiederholte u.a. Gruppe "Robson", Hamburg
 "Quaker", Chemnitz
 "Tempo Kultur", Potsdam
 "Die Marbacher", Potsdam
 "Ernesto Che Guevara", Berlin
 "Singebude Ernesto Che Guevara e.V.", Dresden
 Die "Kultur" Platenverein ist einer der Mitveranstalter!

Kartenvorbestellung ab sofort unter
 Telefon 0301 1 288 03 40

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

21. 10., 16.30 Uhr: Leipzigs Neue: Wir schreiben, was andere verschweigen. Es spricht Dr. Maxi Wartelsteiner

Theatrium

Leipzig, Militärring Allee 52

21. und 22. 10., 10 Uhr; 24. 10., 15 Uhr: Kuller räumt auf. Bewegungstheater für die Aller kleinsten – ab 3 Jahre

26. und 27. 10., 10 Uhr: Der Falke. Psychogramm eines Jugendstraftäters – ab 15 Jahre

29. und 30. 10., 20 Uhr: Der Mondgucker. Clowneskes Sprech- und Bewegungstheater – ab 12 Jahre

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Oktober neu bei uns:

- Klaus-Dieter Baumgarten, Peter Freitag: Die Grenzen der DDR. Geschichte, Fakten, Hintergründe. edition ost, 19,30 Euro
- Klaus Behling: Spione in Uniform. Die alliierten Militärmissionen in Deutschland. Hohenheim Verlag, 19,90 Euro
- Rüdiger Liedtke: Wem gehört die Republik 2005? Namen – Zahlen – Fakten. Eichborn, 24,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Einladung

zur Weihe des restaurierten Denkmals Dr. Georg Sacke anlässlich des 100. Geburtstages von Rosemarie Sacke-Gaudig und Buchpräsentation „Georg und Rosemarie Sacke. Zwei Leipziger Intellektuelle und Antifaschisten“ durch Autor Dr. Volker Hölzer

Sonnabend, 30. Oktober, 11 Uhr

Treffpunkt: Parkplatz Humanitas GmbH, Prager Str.

- Prof. Dr. Ascherl Humanitas Bürgerverein Bund der Anti-Park-Krankenhaus e. V. Probstheida faschisten

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ
 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Basecap – was für eine trendige Kopfbedeckung

Mit der Basecap auf der Rube erhält das Image neue Schübe.
Boysen-Steinbach

Das Basecap (Beeskäpp) ist eine Schirmmütze und orthografisch betrachtet eine Abkürzung von *baseball cap*, womit gleichzeitig die Herkunft des Begriffes geklärt ist. Außer für die Baseballspieler ist die Kopfbedeckung typisch für die US-Army und wenn der Präsident z. B. seine Soldaten in besetzten oder eroberten Ländern wie dem Irak besucht, stülpt er sich auch eine über den Kopf – das bringt Renommee und Wählerstimmen. Auch der sogenannte Verteidigungsminister Deutschlands trägt, möglicherweise auch wegen seiner Kahlheit, gern Basecaps. Als er neulich die „Truppe“ (oft genutzter Begriff aus alten Zeiten für die Buwe) an den vordersten deutschen Verteidigungslinien in Afghanistan besuchte, hatte er sich sogar eine mit afghanischen Schriftzeichen aufgesetzt. Solches Tun stärkt die Waffenbrüderschaft.

Als Udo Lindenberg sich einstmals entschloss, sein Haupthaar, dessen Vorhandensein umstritten ist, für alle Zeiten mit einem schwarzen Hut zu verdecken, war das Basecap noch nicht „in“, wie man heute scheinenglisch sagt. Vielleicht trüge er sonst auch ein solches Prachtstück. Der ehemalige Profi-Boxer Axel Schulz ist ähnlich dem Horizontüberquerer bei öffentlichen Auftritten nur noch mit einem schwarzen Basecap zu bewundern. Wer ihn nicht mehr von seinem früheren Job her kennt, könnte annehmen, er hätte auch mit Basecap geboxt.

Früher nahm man die Mütze ab, wenn man jemanden grüßte oder begrüßte. Man setzte

sie auch ab, wenn man sich in geschlossenen Räumen befand, wie Friseursalons, Kirchen oder Restaurants. Heute gilt das mit Ausnahme von Vorstellungsgesprächen und Hochzeiten als antiquiert. Das Basecap schafft Persönlichkeit und stärkt das Image. Mancher sitzt mit dem Basecap bekleidet sogar bei der Arbeit, z. B. an Schreibtisch und Computer.

Basecaps haben die berühmten Kugelschreiber als Werbegegenstände bald eingeholt, denn sie eignen sich hervorragend als Träger von Reklameinschriften. Selbst die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verteilte am 1. Mai diesen Jahres auf dem Leipziger Augustusplatz rote Schirmmützen – nein, um Gottes Willen nicht das „Rot der Arbeiterklasse“, sondern zinnoberrot – mit der weißen Aufschrift „GEW“.

Wenn Sie sich ein Basecap zulegen wollen, ist zu empfehlen:

weiche Mikrofaser, wasserabweisend und atmungsaktiv durch sauber eingearbeitete Luftlöcher, großzügiger 7-Paneel-Schnitt, Größe stufenlos verstellbar, rundumlaufendes Schweißband, faltbarer Frontschirm (passt dadurch in die Hosentasche), große Werbefläche auf der Stirnseite mit Everlast-Logo oder leer und noch bestickbar, Knopftasche und Reißverschlusstasche an den Seiten für EC-Karte, Kleingeld und Einkaufszettel.

Um nicht einseitig zu werden: Basecaps können auch vor Sonnenstrahlung, Hitze und Regen schützen. Das scheint aber eher zweitrangig zu sein.

• MANFRED BOLS



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

5 Milliarden Euro durch nur 2 Prozent Vermögenssteuer

100 Deutsche haben zusammen 250 Milliarden Euro Vermögen

Wieder einmal hat das Managermagazin in seiner jüngsten Ausgabe die reichsten Deutschen gekürt. Die Aldi-Brüder, Karl und Theo Albrecht, besitzen zusammen ein Vermögen von sage und schreibe 30,3 Milliarden Euro. Das waren einmal knapp 60 Milliarden DM oder anders dargestellt 30 300 mal eine Million Euro. Susanne Klatten, Großaktionärin des Pharmaunternehmens Altana und des Autobauers BMW, kommt als Drittplatzierte auf 7,5 Milliarden Euro Vermögen. Reinhard Mohn, Ur-Urrenkel von Carl Bertelsmann, folgt mit 6,5 Milliarden, Tschibo-Witwe Ingeburg Herz mit 6,1 Milliarden und Werner Otto, Gründer des Otto-Versandhauses, mit 6 Milliarden Euro Vermögen.

Dem Magazin zufolge gibt es in Deutschland 84 Einzelpersonen und Familien mit einem Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro. Die Hundert Reichsten Deutschlands kommen zusammen auf ein Gesamtvermögen von rund 250 Milliarden Euro. Das entspricht in etwa der Gesamthöhe der bisher genehmigten Bundesausgaben für das laufende Jahr.

So viel Geld braucht niemand, um glücklich zu sein. Das viele Geld der Reichsten könnte aber dazu beitragen, uns alle etwas glücklicher zu machen, denn Reichtum soll ja auch der Allgemeinheit dienen, wenn wir das Grundgesetz beim Wort nehmen. Wenn die Hundert Reichsten unseres Landes je nur zwei Prozent Vermögenssteuer zahlen müssten, dann wären das jährlich 5 Milliarden Euro mehr für die Staatskasse bzw. für das Sozialbudget. Die Aldi-Brüder hätten dann immer noch zusammen 29,7 Milliarden und Frau Klatten 7,35 Milliarden Euro. Eigentlich noch immer zu viel, um es verprassen zu können. Würden sich die Aldi-Brüder und ihre Nachfahren jetzt zur Ruhe setzen und jährlich zwei Millionen Euro ihres Vermögens verprassen, dann würde es 14 850 Jahre dauern, bis das Geld komplett aufgebraucht wäre.

• HANS-JÜRGEN BERG

Für den Einzelnen wird es immer schwieriger, das gesamte Unwissen seiner Zeit zu überblicken.
REINHARD LOCHNER



Aus einer Anzeige des Bundesministeriums für
Gesundheit und Soziale Sicherung LVZ, 23. 9.04

✓ Gesundheitszentren sorgen für mehr Effektivität im Gesundheitswesen. Sie waren bereits in den neuen Bundesländern ein Erfolgsmodell und ein Stück sozialer und medizinischer Kultur.

Ja, was meint das Gesundheitsministerium denn mit den effektiven Gesundheitszentren? Doch nicht etwa auch die als Vorbild für die „Gesundheitszentren“ vom Staat rigoros abgewickelten Polikliniken? So schießt man sich von hinten in die eigene Brust, gelle!

Ich kenne die Geschichte von Hiddensee nicht so genau, aber vermutlich sind die jetzigen Ereignisse auf der Insel die turbulentesten seit langem: Letzte Woche haben sie Bürgermeister Gino L. seines Amtes enthoben. Daraufhin nahm auch sein Stellvertreter den Hut und nun führt die Kämmerin die Inselgeschäfte. Vorher waren schon der Vorsteher der Gemeindevertretung und auch dessen Stellvertreter gegangen. Kurzum: Unfrieden auf Hiddensee. Und niemand will mit der Sprache herausrücken, worum es eigentlich geht. Der Bürgermeister versicherte, er habe sich nichts vorzuwerfen. Ein Papier aus Schwerin soll Vorwürfe enthalten und solche Formulierungen wie: „Weder der Bürgermeister noch seine Verwaltung sind in der Lage, eine leistungsfähige und rechtmäßige Verwaltung dauerhaft zu gewährleisten.“ Das klingt nach Hochverrat. Der jetzt gefeu-

Hiddensee und Hindukusch

erte Bürgermeister war 1998 gewählt worden, musste aber ein Jahr später noch mal gewählt werden, weil er da erst das Bürgermeisteralter von 27 Jahren erreicht hatte. Da feierte man ihn als jüngsten deutschen Bürgermeister. Jetzt ist er der

Wanderungen durch Neufünfland

jüngste gefeuerte deutsche Bürgermeister. Und nebenbei werden sie ihn bis 2006 noch monatlich bezahlen müssen. Was lehrt uns das? Demokratie muss herrschen und es muss gespart werden. Überall. Und dann soll auch niemand jammern. Noch dazu auf Hiddensee! Zum Beispiel in Havelberg jammerten sie nicht. Da schrieb die Ortszeitung: „Kin-

derstimmten sind bei Bataillonsappellen in der Bundeswehrkaserne eher selten zu hören. Gestern war es wieder einmal so, dass Frauen, Kinder, Geschwister, Eltern und Großeltern... in die Elb-Havel-Kaserne strömten“ (man beachte die Wortwahl: „strömten“).

Nein, nicht zu einem Soldatenfest mit Gulaschkanone, sondern weil 200 Soldaten des Havelberger Pionierbataillons nach Kosovo und nach Afghanistan verabschiedet wurden. Der Kommandeur erklärte allen, die es noch nicht wussten, warum sie in die in die Ferne ziehen müssen: Sie sollen helfen, die Demokratie aufzubauen. Einer aus unserer Runde spottete: „Nicht in Hiddensee, sondern am Hindukusch...“

• KLAUS HUHN

Leipzig
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzig_neue@t-online.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht haftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

12. Oktober

Die nächste Ausgabe erscheint am 29. Oktober

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40